Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile $1\frac{1}{4}$ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer  Zeitung.

№ 10. Freitag den 10. Januar 1851.

Telegraphische Korrespondenz
für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Paris, 7. Januar, Abends 6 Uhr. Die Ministerkrisis ist noch unbeendigt. Ein Ministerium Billault wird von dem „Constitutionnel“ dementirt; die Liste, worauf als Ministerkandidaten die Namen Barrot, Faucher und Nardon stehen, findet den meisten Glauben.

Die Gerüchte, die von Abdankung des Präsidenten der Republik und von Apellation an das Volk sprechen, sind falsch.

Die Vereine der Legitimisten und Orleanisten stimmten für Beibehaltung Changarniers.

An den italienischen Küsten läßt die Regierung zur Verhinderung revolutionärer Unternehmungen, Schiffe kreuzen.

Paris, 7. Januar, Nachmittags 5 Uhr. 3% 56, 70. 5% 94, 80.

Lissabon, 30. Dezember. Ein Gerücht behauptet, daß der Staatsrath an England die geforderte Entschädigung verweigere.

Frankfurt a. M., 7. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 35.

London, 6. Januar, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten. Consols $96\frac{5}{8}$ bis $\frac{3}{4}$.

Hamburg, 8. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide leblos. Oel unverändert. Kaffee 5, nominell. Zink 1500 Ctnr. p. Frühjahr 10.

Stettin, 8. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen $35\frac{1}{4}$, p. Frühjahr $36\frac{1}{2}$ bez. und Br. Rüböl $10\frac{1}{4}$ bez., p. Frühjahr $10\frac{2}{3}$ Gld. Spiritus $23\frac{1}{2}$, p. Frühjahr 22 Gld.

London, 6. Januar, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt sehr stille, gute Zufuhr. Gerste, Hafer niedriger. Kolonialwaaren unverändert, Handel matt.

** Telegraphische Depesche.

Ratibor, 9. Januar. Der Wiener Zug ist bis jetzt 10 Uhr 50 Minuten Vormittags hier noch nicht eingetroffen. Der Zug geht daher von hier nach Breslau und resp. Berlin, ohne denselben abzuwarten.

Uebersicht.

Breslau, 9. Jan. In der gestrigen Sitzung der ersten Kammer war zuerst die Interpellation des Abgeordneten v. Ammon an der Tagesordnung; dieselbe verlangt eine vollständige Darlegung der Politik des Ministeriums und Vorlegung der betreffenden Aktenstücke. Der Ministerpräsident v. Manteuffel beantwortete diese Interpellation nicht, weil theils die Thatsachen offenkundig vorlägen, theils die Verhandlungen noch schwebten, deren Veröffentlichung nicht ohne Schaden geschehen könne. — Hierauf zog der Abgeordnete Mätzke seinen Antrag, die Steuerverwendung für das nächste Quartal betreffend, zurück, weil derselbe Mißverständnisse veranlaßt habe. Endlich kommt man zur Adreßdebatte. Der Kommissionsbericht beantragt: Diesmal von einer Adresse abzusehen; die Linke (Partei Baumstark) hatte einen neuen Adreßentwurf eingebracht, welcher eine vollständige Mißbilligung der Politik des Ministeriums ausspricht; außer diesen waren noch mehre Verbesserungsanträge eingebracht. Abgeordneter Camphausen sprach für den Adreßentwurf der Linken in einer längeren mit vielem Beifall aufgenommenen Rede, welche die neueste preuß. Politik beleuchtet. Der Ministerpräsident antwortete hierauf ebenfalls in einer längeren Rede, welche wegen einigen sehr bezeichnenden Aeußerungen von Interesse ist. Hierauf sprachen der Kriegsminister, Stahl und v. Ammon (letzterer für den Adreßentwurf.) Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Kommission (von einer Adresse Umgang zu nehmen.) mit 92 gegen 35 Stimmen angenommen.

In dem preuß. Handelsministerium sollen mehre nicht unwesentliche Umgestaltungen vorgenommen werden; ebenso sind Abänderungen in der Leitung der verschiedenen Geschäfte der anderen Ministerien gemacht worden.

Der österr. Ministerpräsident hat neuerdings die Forderung gestellt: in Oldenburg und Braunschweig noch ein zweites österreichisches Korps (außer dem nach Holstein bestimmten Korps des Generals Legeditsch) aufzustellen. Man sieht in dieser Forderung die Absicht Oesterreichs, nach und nach alle früheren Unionsstaaten mit Truppen zu belegen und auf diese Weise zu züchtigen; doch dürfte die Aufstellung einer solchen österr. Heeressäule von der Eider bis zum Main — noch anderweitig für Preußen etwas zu gefährlich sein. Preußen hofft: den österr. Premierminister von dieser Idee abzubringen.

Sowenig wie Oesterreich und Preußen über alle Punkte der deutschen Verfassung einig sind, ebensowenig kann man sich in den verschiedenen Kommissionen zu Dresden einigen. Die erste Kommission hat zwar Sitzungen gehalten, man ist aber in denselben noch zu keinem Resultat gekommen aus Mangel an Verständigung. Die Folge davon ist, daß man auch in der zweiten Kommission (Vorsitz Preußen) zu keiner Verständigung gelangte, da sie zu sehr von der ersten abhängt. Man meint: das Resultat dieser Uneinigkeit werde sein: daß man zum alten Bundestage zurückkehren werde. — Oesterreich und Preußen haben keine gemeinsamen Vorlagen an die Kommissionen gelangen lassen, wohl aber sind die einzelnen Bevollmächtigten mit vertraulichen Mittheilungen Seitens Oesterreichs beehrt worden.

In Kassel hat am 7. unter großem militärischen Aufwande eine Haussuchung bei einem Buchhändler stattgefunden. Die österreichischen Truppen sind weiter- und neue wieder eingerückt.

Die beiden Kommissare haben am 7. Januar ihre Konferenzen mit der Statthalterschaft von Schleswig-Holstein fortgesetzt. Von dem Inhalte dieser Berathungen erfährt man nichts. Der österreichische Kommissar Mensdorf hat sich erkundigt: ob auch die Ruhe und Ordnung nicht werde gestört werden? Der preußische Kommissar kennt das holsteinische Volk besser und hat nicht erst gefragt.

Die Ministerkrisis zu Paris ist noch nicht beendet. Soviel scheint aber festzustehen, daß die Minister nicht aus der Linken entnommen werden. Ebensowenig wird der Präsident abdanken. — Da neuerdings mehr beunruhigende Bewegungen in Italien (namentlich in Genua) vorgekommen sind, hat die französische Regierung Schiffe an die italienische Küste beordert, um revolutionäre Unternehmungen zu hindern.

Breslau, 9. Januar.

Die unfindbaren Kammern, die Kammern nach dem Herzen unserer Regierung, die Kammern, mit denen sich unter allen Umständen regieren läßt, mit denen sogar Herr v. Gerlach zu regieren sich getrauen dürfte, sie scheinen glücklich gefunden zu sein.

Das konstitutionelle Prinzip, die parlamentarische Regierung ist in Preußen am vergangenen Dienstage zum so und so vielsten Male gerettet worden. Herr v. Manteuffel regiert wieder mit der Majorität und zwar mit der immensen Majorität von zwei Mann und 4 Ministern nach der ersten Zählung, von keinem Mann und 4 Ministern nach der Berichtigung des Büreaus und wir Glücklichen werden uns im gesicherten Besitze einer parlamentarischen Majoritätsregierung befinden, so lange die 4 Herren Minister sich selbst mit ihrem höchsteigenen Vertrauen beehren.

Endlich ist Friede eingekehrt in Preußen und selbst die Deutsche Reform ist mit den Kammern zufrieden. Sie haben ja einen so viel versprechenden Anfang gemacht mit einer — wie die N. Pr. Ztg. sagen wird — wahrhaft konstitutionellen Wirksamkeit, sie haben geschwiegen — wie die Reform es wollte — über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Nichts charakterisirt den Beschluß vom 7. Januar so treffend, als die Motive, welche man in und außer den Kammern dafür anführte.

Das Land wird es mit Befriedigung vernehmen, daß die zweite Kammer eine „zeitraubende“ Debatte vermieden hat und mit ihrer Zeit so haushälterisch umgegangen ist, daß sie einige Tage hindurch — nichts zu thun hat, und sich in imposanter Ruhe von dem imposanten Kampfe des 7. Januar erholen kann.

Die Verhältnisse haben sich so sehr geändert, daß eine Erklärung, die am Tage der Vertagung an der Zeit schien, jetzt unzeitgemäß wäre.

Und was hat sich geändert?

Bei der Vertagung der Kammern war Herr v. Manteuffel eben mit den frischen Lorbeerreisern aus Olmütz zurückgekehrt und hatte den Kammern die günstigsten Resultate seiner Sendung mitgetheilt.

Die Dresdener Conferenzen — nur, wie man damals glaubte, unter Beseitigung des Bundes —, die Cooporation Preußens mit Oesterreich in Hessen und in Schleswig-Holstein — nur, wie man meinte, in vollster Gleichberechtigung und ohne Rücksicht auf die Bundesbeschlüsse — dies waren die Resultate der preußischen Politik, welche damals den Kammern vorlagen und diese so in Harnisch brachten, daß sie mit einem energischen Mißtrauensvotum der Regierung gegenüberzutreten entschlossen waren.

Geändert hat sich in diesen Hauptpunkten bis heute gar nichts, aber klarer, oder — wie Herr v. Manteuffel selbstbefriedigt sagt — durchsichtiger ist die Regierungspolitik geworden und zu den Lichtseiten, welche Herr v. Manteuffel den Kammern zeigte, hat sich der entsprechende Schatten gesellt.

Die Dresdener Konferenzen sind heute wie damals ohne Resultat, aber das Ziel ist klarer geworden, nach dem sie hinsteuern und neben ihnen ist als ungehoffte Zugabe der Bundestag geblieben.

Die Kooperation in Hessen hat stattgefunden und Herr von Peucker weiß von der ehrenvollen Gleichberechtigung mit dem „österreichischen“ Kommissar zu erzählen, der „Bundes-Civil-Kommissar“ hat Bescheid darüber gegeben, was der Bundestag in Hessen zu sagen hat und was Preußen. Der Rechtsspruch aber schwebt heute wie bei der Vertagung der Kammern, nur daß ihm die Exekution vorangegangen ist.

Die Exekution in Schleswig-Holstein steht heute bevor, wie sie vor der Vertagung der Kammern bevorstand und die Stellung Preußens dabei ist noch eben so unklar, die Wahrung der Rechte der Herzogthümer noch eben so problematisch wie damals.

Wenn die Kammern vor der Vertagung ein Urtheil über die Regierungs-Politik abzugeben entschlossen waren, wo in aller Welt haben sie denn die Veränderungen gefunden zwischen der Politik, wie sie ihnen damals vorlag und wie sie ihnen heute viel klarer vorliegt?

Wenn die damals bekannten dürftigen Thatsachen ihnen schon zureichend erschienen zu einem Tadel der Regierung, was hat sie denn jetzt abgehalten von diesem Tadel gegen die durchsichtig gewordene ganze Politik? gegen die Politik, welche gegen damals um den Bundestag, um die Bundesverfassung, um die Rollen Peuckers in Hessen bereichert worden ist?

Ja, freilich sind seit der Vertagung der Kammern Veränderungen eingetreten. Aber nicht in den Ereignissen, nicht in der Regierung und ihrer Politik, sondern in den Kammern selbst, in den Gemüthern jener Mittelfraktion, die ihre eigene hin- und herschwankende Richtung der Kammer aufprägen zu wollen scheint.

Ein Abgeordneter der äußersten Rechten gab seinen Wählern nach der Vertagung die höhnende Erklärung ab: die Kammern seien nach Hause geschickt worden, damit sie sich eines Besseren besännen, und das Blatt der Regierung variirte in staatsmännischeren Wendungen dasselbe Thema, und erinnerte mit zarter Schonung an verschiedene frühere Fälle, wo die Regierung vorlaute oppositionelle Kundgebungen der Volksorgane durch momentane Verurtheilung zum Stillschweigen widerlegte und dafür den Triumph einerntete, von der „verbesserten“ öffentlichen Meinung dafür belobigt zu werden.

Ja freilich mißbilligt die Kammer auch heute noch die Politik der Regierung, sie läßt sich's nur nicht merken. Die Schles. Ztg. giebt einen vertraulichen Bericht über die Berathungen der Geppert-Bodelschwinghschen Fraktion in den Vorversammlungen. Jene Herren sollen dort eine ganz erstaunliche Energie entwickelt und die Regierungspolitik insgeheim außerordentlich muthig gemißbilligt haben. Endlich aber soll gar ein Redner die Entdeckung gemacht haben, daß Schweigen den herbsten Tadel enthalte — historisch mag bemerkt werden, daß die Regierung diesen „herbsten Tadel“ ausdrücklich wünschte — und das hat durchgeschlagen. Man hat eine motivirte, tadelnde Tagesordnung in der Fraktion beschlossen, um der Regierung zu zeigen, was man wohl sagen könnte, wenn man nur wollte und dürfte, und dann in der Kammer gegen die eigene Tagesordnung für die einfache gestimmt und damit der Regiernng gezeigt, was man sagen will und darf. Die Regierung wird gegen diese versteckte Gegnerschaft nichts einzuwenden haben.

Wie es scheint, ist jenes schon so oft bewährte Mittel der augenblicklichen Mundtodterklärung einer undisziplinirten Opposition, jene Spekulation auf die Besserung einer unwilligen öffentlichen Meinung, bereits ein integrirender Bestandtheil der Regierungspolitik geworden. Und warum sollte die Regierung auch ein Mittel verschmähen, welches seine Wirkung nie verfehlt hat?

Nicht denen gebührt der Vorwurf, welche die öffentliche Meinung nicht achten, sondern denen, welche sie nicht in Achtung zu erhalten verstehen.

Wie es scheint, wird auch jenes System der versteckten Opposition, der Opposition, welche innerlich ungeheuer mißbilligt und äußerlich zustimmt, den dauernden Charakter der Fraction bezeichnen, welche gegenwärtig das Schicksal der Kammern in ihren Händen hält.

Man wird die parlamentarische Regierung aufrecht erhalten nach dem Grundsatze: „Kommst du nicht zu mir, so komm' ich zu dir.“ Damit ist man gegen alle lästigen Konflikte geschützt, damit ist die Uebereinstimmung der Staatsgewalten für alle Ewigkeit und für alle Eventualitäten gesichert, damit ist der ungestörte Fortbestand der Kammern verbürgt, nur daß sie niemals etwas zu sagen haben.

Wir verschmähen das Kunststückchen, durch ein Herummäkeln an den Paar Stimmen über die Majorität, durch eine Berufung auf die geheimen, mißbilligenden Hintergedanken der Fraktion Geppert-Bodelschwingh den Sieg des Ministeriums anzuzweifeln. Eine Meinung, die nicht ausgesprochen wird, ist im praktischen Staatsleben nicht vorhanden und die Majorität, die sich ausgesprochen hat, gehört dem Ministerium.

Aber wir werden nach wie vor dafür sprechen, daß die Kammern ihre Meinung aussprechen und wünschen nur, daß die Regierung dereinst die erklärte Mißbilligung der Kammern eben so aufrichtig beachte, wie sie jetzt deren stillschweigende Billigung bereitwillig acceptirt hat.

Preußen.
Kammer-Verhandlungen.

Berlin, 8. Januar.
Achte Sitzung der ersten Kammer.
Präsident: Graf v. Rittberg.
Eröffnung $10\frac{1}{4}$ Uhr.

Am Ministertische: v. Manteuffel, v. d. Heydt, v. Rabe, Simons, v. Stockhausen, v. Westphalen.

Die Zuhörertribünen sind schon vor Beginn der Sitzung sehr stark besetzt; auch Mitglieder der zweiten Kammer haben sich in großer Anzahl eingefunden.

Das Protokoll der vorigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Die Herren Graf York, Wachler, v. Voigts-Reetz, sind der Kammer als Abgeordnete neu beigetreten. Nachdem der Abg. Stephan feierlich vereidigt worden ist, wird den Abg. Diergardt, Lautz, Vagedes, Graf v. Keyserlingk, Braun, Frhr. v. Seydlitz, v. Gordon, Graf v. Alvensleben, v. Schleinitz, v. Voigts-Reetz, so wie dem Abg. Mandel, auf sein wiederholtes Gesuch, Urlaub bewilligt.

Die Abg. Bergmann, Graf Hompesch, Usedom, Dr. Klee, v. Oppen, entschuldigen ihre Abwesenheit durch Krankheit.

Der Präsident der zweiten Kammer theilt schriftlich den Ausfall der Wahl des Büreaus im genannten Hause mit.

Die Wahlen der Abgeordneten Gr. Hompesch, Berendt, Gr. York, v. Hüser, v. Haw, Straß, Stünzner, Gr. Dönhoff werden für gültig erklärt. Auf den Wunsch des Abgeordneten von Zander läßt der Präsident die Zahl der Abwesenden feststellen. Urlaub haben erhalten 27, wegen Krankheit fehlen 6 Abgeordnete, da 170 Abgeordnete eingetreten sind, so sind noch 137 Abgeordnete zugegen.

Auf der Tagesordnung ist hierauf die Interpellation des Abg. v. Ammon, welche dahin geht, daß das Staatsministerium der ersten Kammer eine vollständige Darlegung der seither von der königl. Regierung befolgten Politik gebe und diejenigen Aktenstücke mittheile, welche über dieselbe gewechselt worden sind.

Der Minister-Präsident: Halten Sie es nicht für einen Beweis des Mangels an Willfährigkeit, wenn ich es ablehne, die Interpellation gegenwärtig zu beantworten. Theils liegen die Thatsachen, die inzwischen vorgefallen sind, offen vor, theils sind die Verhandlungen in der Schwebe, so daß sie nicht ohne Nachtheil der Oeffentlichkeit übergeben werden können; theils endlich sind die in der Interpellation ausgesprochenen Wünsche so allgemein gehalten, daß sie in ihrer ganzen Ausdehnung dem Felde der eigentlichen Aufgabe des hohen Hauses nicht angehören. Es versteht sich von selbst, daß die Punkte, welche nach Art. 48 der Verfassung der Genehmigung dieser Kammer unterliegen, ihr nicht werden vorenthalten werden.

(Der Kultusminister v. Raumer hat sich inzwischen eingefunden.)

Der Abg. Mätzke zieht seinen (in dieser Zeitung enthaltenen) Antrag zurück, weil die gute Absicht desselben vielfach verkannt, die verfassungsmäßige Befugniß der Kammer bestritten worden sei, und weil er in der That an einem Fehler laborire, der Mißverhältniß herbeiführen könne.

Auf der Tagesordnung ist nunmehr die Adreßdebatte. Verbesserungsanträge zur Adresse werden verlesen. Einfache Tagesordnung ist von dem Abgeordneten Grein und v. Reibnitz beantragt und von 47 Mitgliedern unterstützt. (Der von 29 Abgeordneten unterstützte Antrag des Abg. Stahl ist bereits erwähnt.) Es melden sich viele Redner zum Wort.

Abg. Schnaase (für den Kommissionsantrag): Wir wünschen keine Debatte, weil die Verhandlungen noch schweben und weil die politischen Fragen ihre Erledigung noch nicht erlangen können. Aber wir stimmen nicht mit den von der Kommission angegebenen Gründen überein. Wir sind der Meinung, daß die Politik der Regierung Besorgnisse erregt in den Beziehungen Preußens zum Auslande und zu Deutschland. Es ist von einer anderen Seite ein Antrag auf ein Vertrauensvotum gemacht worden, diesem gegenüber haben wir eine andere motivirte Tagesordnung aufgestellt, die sich mit dem von der Regierung eingeschlagenen Wege nicht einverstanden erklärt.

Abg. Camphausen (für eine Adresse): Ich bin nicht der Meinung, daß die Adreßdebatten vermieden werden müssen. Die dargelegte Politik bedarf einer Erwiederung. Viele Punkte sind dieselben geblieben, andere sind geändert. Wir theilen das Vertrauen jener Seite des Hauses nicht. Auch das Motiv der schwebenden Verhandlungen erkenne ich nicht an. Die Politik der Regierung ist nie durchsichtiger gewesen, als jetzt. Ueber das Ziel ist kein Zweifel: Es ist, daß der Verfassung für Deutschland die preußische weichen muß. Das gegenwärtige Ministerium ist am wenigsten geeignet, auch wenn es wollte, ein solches Ziel zu verhindern. Ich gehe Preußens Verluste nicht durch; sie müßten aber dazu führen, daß man wenigstens das gute Recht festhalte. Preußens hat die Gefahren des drohenden Krieges nur durch Opfer, die noch lange werden gefühlt werden, überwunden. Die Gründe für den Krieg lagen in der Verfassung vom Mai, gegen die nicht blos Würtemberg und Baiern, sondern auch Frankreich und Rußland waren. Der Zwiespalt im preußischen Kabinet erhöhte die Keckheit der auswärtigen Mächte. Es hat ein Systemwechsel stattgefunden, ohne einen Wechsel der Parteien. Den 2. November wurde die Mobilisirung abgelehnt, den 6. beschlossen, den 29. die Punktationen von Olmütz unterschrieben. Jetzt besteht in Europa nicht mehr die Furcht, Preußen werde für seine Politik das Schwert ziehen. Darin liegen zwei Befürchtungen: ein unwillkürlicher Krieg und ein unehrenvoller Frieden. In den Augen des Auslandes hat Preußen seine frühere Politik verlassen und man wird nicht glauben, daß es um eine Kleinigkeit, wie die Anerkennung der Bundesverfassung, viel Umstände machen werde.

Ich muß auf die Verfassung vom Mai 1849 hinweisen. Hätte man das Parlament in Erfurt nicht berufen, so hätte ein Versprechen ohne Acceptation vorgelegen. Man berief die Vertreter des Volkes, das Versprechen war acceptirt. Im Fürstenkongreß wurden die Verpflichtungen zwischen den verbündeten Regierungen gelöst. Wenn ein Minister einem einzelnen Manne ein Versprechen giebt und es nicht ausführt, so giebt er wenigstens Gründe an; dem Volke hat man keinen Grund der Nichterfüllung angegeben, was man hätte thun müssen, wäre es auch nur aus Rücksichten des Anstandes gewesen. (Links Beifall.) Als zu Frankfurt der Reichsverweser gewählt wurde, blieb mindestens ein Zweifel darüber, ob außer der National-Versammlung auch die Einstimmung aller Regierungen nothwendig sei; als die National-Versammlung aufgelöst wurde, sagte Oesterreich, eine Uebereinstimmung der Regierung sei möglich, später wurde eine solche nicht mehr anerkannt.

Dadurch, daß wir das Alte einfach zurückführen, ist nichts geschehen. Das Bundesrecht ist durch Thatsachen verändert, die Kriegsverfassung ist modificirt worden. Der Bundestag hat nur bestanden als ein Vertrag deutscher Fürsten in der Mitte der europäischen Staatenfamilie. Die alte Ansicht des österreichischen Kabinets über den Bundestag war, daß die andern gesetzgebenden Gewalten in Deutschland der des Bundes untergeordnet waren; eine spätere Ansicht ging dahin, daß der Kaiser sich nicht in die von demselben gefaßten Beschlüsse zu fügen habe. Das Bundesrecht besteht nicht mehr in dem Umfang, in dem es vor 1848 bestanden hat. Was davon besteht, darüber walten Zweifel ob. Die wechselnden Aussprüche der österreichischen Regierung über die Bundesverfassung sind nur der politischen Konvenienz zuzuschreiben. Die österreichische Verfassung vom 4. März besteht noch, wenn sie auch nicht ausgeführt ist; das Verfahren Oesterreichs ist nur möglich, weil die Lüge alle Scham verloren hat.

Bald ist man auf dem Punkte zu den Völkern zu sagen: Werft euch nieder, oder wir werfen euch nieder. Das Bestehen der österreichischen Verfassung ist deshalb besonders wichtig, weil auch in Oesterreich ein Systemwechsel mit oder ohne Wechsel der Person eintreten kann. Die Befugnisse des Bundestages habe ich vor Ihnen schon früher einmal dargelegt und es bleibt kein Zweifel, daß er diese Befugnisse auch später ausüben wird. Daß die Verfassung Veränderungen erleidet, können wir uns gefallen lassen, aber daß sie aufgehoben wird durch ein Motiv, das zum Theil außer dem preußischen Staate liegt, können sich selbst die nicht gefallen lassen, die in ihr die bedeutendsten Mängel sehen. Es ist wohl nie so wenig Rücksicht auf unsere Reden genommen worden, als jetzt, doch will ich nicht die schwachen Seiten unserer politischen Lage hervorheben; der Weg, den man einschlägt, führt, wenn nicht zur wirklichen Mediatisirung, so doch zum Aufgeben der wichtigen Stellung Preußens. Das Resultat wird freilich kein dauerndes sein.

Aber würden Sie z. B. die Rheinprovinzen durch einen Frieden preisgeben, weil Sie sie wieder erobern können? In Betreff der Bundesverfassung will Oesterreich die Uebereinstimmung zur Veränderung, Preußen die Uebereinstimmung zur Restauration. Oesterreich hält das, was in der Bundesverfassung nicht geändert wird, für zu Recht bestehend. Der Bundestag in Frankfurt besteht neben Dresden und viele Staaten werden es vorziehen, in Frankfurt mit Stimmrecht, als in Dresden ohne dasselbe zu sitzen. Schon ist von einem Dualismus zweier Staaten in Deutschland nicht mehr die Rede, und noch einmal als Störer des Friedens bezeichnet, wird Preußen den Bund und das Bundesrecht anerkennen. **Meines Erachtens giebt es jetzt in Preußen nur noch zwei Parteien; die eine will die preußische Verfassung erhalten sehen, ohne Einfluß des Auslandes, die andere will mit Hülfe des Auslandes die Verfassung vernichten.** (Bravo und Zischen.)

Der Minister-Präsident: Der geehrte Redner hat darauf hingewiesen, daß ein Systemwechsel stattgefunden habe. Allerdings muß sich Jedermann nach den Umständen richten und die Ideologen in Deutschland haben gerade deshalb nichts erreicht, weil sie stets mit dem Kopf durch die Wand wollten. Der Bundestag ist eine Schöpfung des Jahres 1815, eine Schöpfung der Eile, nicht genügend für die Bedürfnisse des Volkes. Nichtsdestoweniger hat sie bestanden; Deutschland hat unter dem schwachen Dache gewohnt, bis das Jahr 1848 die Säulen umstürzte und das Gebäude mit.

Da ergossen sich alle Schmähungen auf das Haus, statt auf die Balken. — Ich verkenne den Einfluß nicht, den zu ihrer Zeit die National-Versammlung in Frankfurt hatte. Aber denkt man an jene Zeit zurück, so glaubt man sich in einen Traum versetzt: Die Grundrechte, die Kaiserwahl, das schlimme Ende — mit einem Reichsregenten Raveaux, gehören noch nicht der Vergessenheit an. — Preußen entschloß sich, an die Spitze Deutsch-

lands zu treten, gründete die Union mit zwei Regierungen, die sogleich wieder zurücktraten.

Es kam der Tag von Erfurt; auch dort waren treffliche Elemente, doch **der ruhige Zuhörer mußte sich sagen, daß auch diese Versammlung nicht frei von Souveränetätsgelüsten war.** (Beifall.) Auf dem Fürstenkongreß in Berlin einigte man sich nicht; mehrere der Staaten traten zurück; die Zahl der Bleibenden wurde immer geringer; es blieben nur die kleinen Staaten, die in Preußen eine Stütze suchten. Eine deutsche Verfassung ist, das stellte sich heraus, mit diesen doppelten Garnituren von Parlamenten unmöglich. Inmittelst wurde versucht, den Bundestag wieder herzustellen. Daran betheiligten sich mehrere Regierungen. Bei den Konflikten in Hessen und Schleswig-Holstein sollte Preußen sein Einfluß entzogen werden.

Ein Krieg konnte nur darauf gehen, die Unionsverfassung überhaupt oder die hessischen Beamten zu beschützen. Die Thatsachen in Hessen sind bekannt — die Meinungen darüber verschieden. Die Einen glauben an Willkürlichkeiten der dortigen Regierung, die Anderen an eine gefährliche Beamtenrevolution. (Murren.) Ja! ich nenne sie gefährlich, weil sie im Schlafrock und Pantoffeln gemacht wird, während Barrikadenkämpfer wenigstens den Muth haben müssen, auf die Barrikaden zu treten. (Lauter Beifall.) **Unsere Feinde in jenem Kriege waren Oesterreich, dem sich Rußland angeschlossen hätte; unsre Freunde — die schwächeren Regierungen in Deutschland, vielleicht hessische Offiziere, Mazzini in Genf, Klapka und Ruge in Holstein.** In diesem Momente mußte entschieden werden. Es war genug erreicht, wenn Preußen überall in Deutschland ein gewichtiges Wort mitzusprechen hatte. Ja! es ist ein Wendepunkt in der preußischen Politik eingetreten; es soll entschieden mit der Revolution gebrochen werden. (Lauter Beifall.) Darum sollte die Politik durchsichtig sein; möge sie nie wieder in Nebel gehüllt werden. Wenn die Truppen in Hessen zurückgingen, so geschah es auf den Befehl ihres Königs. (Beifall.) Diese Probe des Gehorsams wird auch von mir als schwer anerkannt; noch schwerer aber war jene Probe, als das Heer sich vor der besiegten Revolution auf den Befehl des Königs zurückzog. (Beifall.)

Wir haben die schweren Folgen eines Bruderkrieges in Deutschland erwogen. Darum wird man im Auslande doch an preußischen Kriegsmuth glauben, wenn wir zum Schwerte greifen. **Zu den Verhandlungen in Dresden hege ich das Vertrauen, daß die bösen Voraussetzungen, die man darüber hegt, nicht in Erfüllung gehen werden. Sie werden ein einiges Deutschland zur Folge haben, in dem Preußen die ihm gebührende Stelle einnimmt.** Der Redner hat nicht mit so drastischen Worten, wie an einem Orte geschah, die Entfernung des Ministeriums gefordert, wir glauben deshalb, daß diese Rede nicht eine eben so große Menge von Adressen zur Folge haben wird, in denen sich Vertrauen zu der Regierung ausspricht. Wir hegen die Ueberzeugung, daß wir für das Beste des Landes gehandelt haben und daß uns auch ferner das Vertrauen der Wohlgesinnten unterstützen wird. (Lauter Beifall.)

Der Kriegsminister: Wenn ich das Vertrauen des vorigen Redners nicht habe, so werde ich mich darüber trösten müssen. Die Aeußerungen über eine Inkonsequenz meinerseits sind zum wenigsten unrichtig. Die Kriegspartei im Ministerium ist am 2. November gefallen. Ich habe für den Frieden gerathen aus wahrer Ueberzeugung für das Wohl des Vaterlandes, aus politischen Gründen und aus militärischer Vernunft. Was Preußen in Hessen wollte, ist erreicht: die Verbindung mit den Westprovinzen ist hergestellt und garantirt.

Abg. Stahl: Der Antrag, den ich gestellt habe, geht auf ein Vertrauensvotum für das Ministerium, doch genügt uns auch der Antrag der Kommission. Zwar sind wir nicht befriedigt durch die jetzigen Zustände in Deutschland; aber ist ein gesunder Zustand in Deutschland nach den Ereignissen des Jahres 1848 möglich, das die Regierungen, die nothwendigen Stützen der Länder umriß? Nicht hoffe, wer des Drachen Zähne säet, Erspießliches zu ernten. Es war ganz natürlich, daß Oesterreich endlich die Schlichtung der deutschen Verhältnisse in die Hand nahm, und Preußen befürchten mußte, entweder ausgeschlossen zu werden oder einen Krieg mit Europa zu beginnen. Die letzten Ereignisse sind die Folge der früheren Union. Unser Vertrauensvotum bezieht sich auf die neuesten Schritte des Ministeriums. Bei uns besteht die konstitutionelle Regel nicht, daß bei einer Meinungsverschiedenheit die Minderheit im Ministerium austreten muß. Bestände sie, so würden wir auch noch die wenigen fähigen Männer, die wir haben, verlieren. Durch das Einrücken der Preußen in Hessen waren wir dahin gebracht, entweder diese Maßregel zurückzunehmen, oder einen europäischen Krieg zu entzünden. Und wofür? Etwa zur Unterstützung des Widerstandes gegen die Regierung? Ich kann den Worten nicht beipflichten, die das Mitglied des Bundesschiedsgerichts (Graf Rittberg) hier aussprach. Ein Staats-Prozeß ist kein Civilprozeß und ohne die Exekution war ein Richterspruch unmöglich. Man hätte es wohl gern gesehen, wenn der Kurfürst von den Preußen eingeschlossen, in Sack und Asche Buße gethan hätte. In Schleswig-Holstein stellt sich als Zweck heraus: Schutz des Rechts der Herzogthümer gegen Inkorporirung und Dänisirung. Die Vorwürfe gegen beide Seiten will ich nicht wiederholen, aber hatte Preußens Frieden den Zweck, die beiden Armeen ungestört selbst kämpfen zu lassen? Wollte man vielleicht einen neuen Gladiatorenkampf herbeiführen? — Wir Royalisten wünschen vom Kaiser von Oesterreich und vom Könige von Preußen nicht, daß sie uns regieren lassen, sondern, daß sie gerecht regieren und Deutschland seinen würdigen Rang erhalten. Das können und werden sie jetzt, da sie einig sind, gewiß. (Beifall.) Im August hat der Abgeordnete Camphausen selbst gesagt, daß Einigkeit Deutschlands bei den vielen Kammern unmöglich ist. Aber es handelt sich darum gar nicht, sondern um die parlamentarische Obergewalt. Ein Drittel von Deutschland mit Parlament ist willkommen, ein ganzes, großes, mächtiges Deutschland ohne Parlament ist ein Gräuel. (Beifall.) Ich halte Oesterreich thatsächlich für volljährig. Auf die Einwürfe, die der österreichischen Politik in Betreff der deutschen Bundesgewalt gemacht worden, brauche ich nicht einzugehen, kein Staatslehrer wird sie stichhaltig finden. — Wir sind keine Bewunderer der preußischen Verfassung, aber die Krone Preußens hat noch im Lande genug Liebe, um die nothwendigen Veränderungen auf verfassungmäßigem Wege herbeizuführen; sie bedarf keiner unsittlichen Mittel. (Lautes Bravo.) Der Vorredner sagte von dieser Tribüne herab: Ein einiges Deutschland nur mit Preußen an der Spitze; wo nicht — nicht! Und beides erhielt den Beifall des Hauses. Kann nun Preußen an Deutschlands Spitze treten? Damit ist also auch die Folge gefallen. Krieg ist ein federleichtes Wort, aber was wäre das für ein Krieg geworden, mit Europa gegen uns! Von dem Patriotismus der Bevölkerung können die Herzogthümer ein Lied singen.

Preußen soll einen Krieg führen, nur um zu beweisen, daß es den Krieg nicht scheue? So kriegten die Cimbern und Teutonen, und die Römer sahen ruhig zu. Ich danke der Regierung, daß sie Preußen aus der schiefen Lage in Deutschland erlöste, daß sie die Verfassung vom Mai aufhob. Deutschland ist es müde, daß die Verfassung gemacht und dann den Ländern angepaßt wurde. Ich danke dem Ministerium, daß es die Dresdener Verhandlungen herbeigeführt, die mindestens eine Einigung zur Folge haben werden; ich danke dem Ministerium, daß es mit der Revolution gebrochen und uns vor diesem Kriege bewahrt hat. (Lauter Beifall.)

Der Abg. v. Ammon spricht gegen den Kommissionsantrag (auf Tagesordnung) und für die vom Abg. Baumstark entworfene Adresse.

Der Kriegsminister weist einige Behauptungen in Betreff der Armee entschieden zurück und deutet in dieser Beziehung auf das bereits in der zweiten Kammer Gesagte hin.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen, obgleich der Abgeordnete Hansemann dagegen ist, weil er glaubt, daß bei fortgesetzter Diskussion der Widerspruch der preußischen Politik mehr hervortreten werde. Der Abgeordnete Witzleben gegen den Schluß.

Der Schluß wird angenommen und die Tagesordnung vom Hause in namentlicher Abstimmung mit 92 gegen 35 Stimmen beschlossen.

(Schluß der Sitzung 3¼ Uhr.)
Nächste Sitzung unbestimmt.

Die Kommission der ersten Kammer zur Erwägung der vorläufigen Verordnung vom 30. Juni 1849, betreffend die Vervielfältigung und Verbreitung von Schriften, und verschiedene durch Wort, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellung begangene strafbare Handlungen, der vorläufigen Verordnung vom 5. Juni 1850, betreffend die Ergänzung der Verordnung über die Presse vom 30. Juni 1849, und des Gesetzentwurfs über die Presse besteht aus folgenden Mitgliedern: Brüggemann, Graf v. Dönhoff (Loetzen), v. Ploetz, v. Witzleben, Hermann, v. Jordan, Feldhoff, v. Manteuffel, Graf v. Itzenplitz, v. Buddenbrock (Lüben).

Die Kommission derselben Kammer zur Erwägung der vorläufigen Verordnung vom 3. Januar 1849 über die Einführung des mündlichen und öffentlichen Verfahrens mit Geschworenen in Untersuchungssachen, der vorläufigen Verordnung vom 2. Januar 1849, über die Aufhebung der Privatgerichtsbarkeit und des eximirten Gerichtsstandes, so wie über die anderweitige Organisation der Gerichte, der vorläufigen Verordnung vom 18. Juli 1849, betreffend einige Abänderungen der Depositalordnung vom 14. September 1783, der vorläufigen Verordnung vom 4. Juli 1850, die Regulirung der oberen richterlichen Instanzen für die Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen betreffend, des Gesetzentwurfs, betreffend die Todes-Erklärung verschollener Seeleute, besteht aus folgenden Mitgliedern: Bode, v. Zander, Kolbe, Goltdammer, Heffter, Overweg, Straß, v. Sanden, Grein, Costenoble, Bergmann, Lympius, Schnaase, Moeves, Roesler, Unverricht, v. Meding, Mathis, Brever, v. Prittwitz.

Die Kommission der ersten Kammer zur Erwägung der vorläufigen Verordnung über den Belagerungszustand vom 10. Mai 1849, und der Deklaration zu derselben, vom 4. Juli 1849, besteht aus folgenden Mitgliedern: du Vignau, Freiherr v. Fircks, Schlieper, v. Buddenbrock (Meseritz), Karsten, v. Trotha, Stüntzner, v. Paleske, v. Waldow, Graf zu Dohna.

Berlin, 8. Januar. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den bisherigen Landrathsamts-Verweser v. d. Osten zum Landrath zu ernennen; und dem Magazin-Verwalter Karl Wilhelm Müller bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienste den Charakter als „Rechnungsrath" zu verleihen. — Der Landbau-Inspektor Bergmann zu Brieg ist in derselben Eigenschaft nach Breslau versetzt und der Wegebaumeister Blanckenhorn in Zossen zum Landbau-Inspektor in Brieg ernannt worden.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Herzog von Ratibor und Fürst von Corvey, von Ratibor. Der General-Major und Kommandeur der 10. Division, v. Hobe, aus der Provinz Sachsen.

C. B. **Berlin,** 8. Januar. [Tagesbericht.] Die erste Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, von dem Erlasse einer Adresse Abstand zu nehmen. Die Debatte war eine sehr heftige; Camphausen und Ammon griffen mit Heftigkeit die Politik des Ministeriums an, welche Stahl vertheidigte und für die er ein Vertrauensvotum des Hauses verlangte. Der Ministerpräsident selbst erklärt, Preußen habe in seiner neuesten Politik nur die Aufgabe verfolgt, mit der Revolution vollständig zu brechen. Die Rede war nicht ohne Bitterkeiten gegen die politischen Gegner, und an einer Stelle, welche von den Souverainetätsgelüsten der Erfurter Versammlung (!!) sprach, wäre statt dieses Worts ein Wort der Versöhnung mit der Vergangenheit vielleicht angebrachter gewesen. — Die Beantwortung der Interpellation des Abg. von Ammon, betreffend die Vorlegung der auf die neueste Politik bezüglichen Aktenstücke, lehnte Herr v. Manteuffel ab. — Der Abg. Mätzke hat seinen Antrag, die Kammer möchte den Etat für 1850 für die 3 ersten Monate dieses Jahres prolongiren, zurückgezogen, weil über die Verfassungsmäßigkeit dieses Antrags Zweifel laut geworden seien. — Die Zuschauertribünen waren bei der heutigen Verhandlung sehr gefüllt. Die zweite Kammer war überaus zahlreich vertreten. — Die Diplomaten- wie die Hof-Loge waren besetzt. Auf der Tribüne bemerkte man ziemlich viel Offiziere, unter den übrigen Anwesenden auch den Polizeipräsidenten v. Hinckeldey, der von seiner kürzlich unternommenen Reise wieder zurückgekehrt ist. — Minister v. Manteuffel hatte sich etwa eingehende Depeschen, es wurden deren namentlich von Dresden erwartet, nach der Kammer bestellt. Es sind jedoch keine eingegangen.

Dem Vernehmen nach steht dem Handels-Ministerium eine wesentliche Umgestaltung bevor, indem mehrere Abtheilungen desselben, namentlich die auf den Handel und die Zölle bezüglichen, davon weggenommen und dem Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten zugewiesen würden. Das Ministerium soll fortan den Namen eines Ministeriums für öffentliche Bauten führen, und an seine Spitze der geheime Ober-Finanzrath Mellin berufen werden. Für das so erweiterte Ministerium der landwirthschaftlichen Angelegenheiten wird, wie wir schon früher berichtet, der Abgeordnete zur ersten Kammer, geh. Justizrath v. Plötz, ernannt werden. — Die öffentlichen Geschäfte haben in ihrer Spitze eine vergrößerte Einfachheit ihrer Bearbeitung erfahren. Im Staatsministerium werden nur noch prinzipielle Fragen verhandelt, während die von den einzelnen Ministerien zu treffenden Maßregeln nur der Genehmigung des Herrn Minister-Präsidenten bedürfen, um als getroffen den Mitgliedern des Staatsministeriums mitgetheilt zu werden. — Der Herr Minister-Präsident begiebt sich täglich um 5½ Uhr nach Charlottenburg, um Sr. Maj. dem Könige Vortrag zu halten. (N. Pr. Z.)

Es hat sich ergeben, daß sich das Bureau der zweiten Kammer bei der Auszählung der Stimmen in der Frage über den Uebergang zur einfachen Tagesordnung über die Adreßdebatte um eine Stimme geirrt hat. Es haben nämlich nicht 147 gegen 141 Stimmen gestanden, sondern nur 146 bejahende gegen 142 verneinende. Zieht man von den bejahenden die Stimmen von 4 Ministern ab, so schwindet selbst diese geringe Majorität zu einer Stimmengleichheit zusammen. — Fürst Schwarzenberg hat dem Vernehmen nach neuerdings die Forderung gestellt, in Oldenburg und Braunschweig unter dem Namen eines Reserve-Corps für den General Legeditsch ein zweites österreichisches Corps aufstellen zu wollen. Preußischer Seits hofft man, den Fürsten von dieser Forderung abzubringen, und soll dieselbe der Grund der neuerlichen Uneinigkeit der beiden Minister sein. Fürst Schwarzenberg scheint in dieser Weise das System der kurhessischen Exekutionen auf die unionstreuen Staaten ausdehnen zu wollen. (C. Z.)

Der Abgeordnete zur zweiten Kammer für den 3. Wahlkreis der Stadt Berlin, Professor Trendelenburg, hat sein Mandat niedergelegt und dasselbe nur noch bis zur Vornahme einer neuen Wahl beibehalten zu wollen erklärt.

Am 6. Januar kamen hier 347 Personen an und reisten 293 ab. Angekommen: der Staatsminister a. D. v. Carlowitz aus Dresden. Abgereist: Se. Durchl. der Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Noer, nach Schleswig.

[Berichtigung.] Unser Auszug aus dem Preßgesetz-Entwurf in der gestrigen Korrespondenz enthält einen Irrthum. Die Blätter, die sich, mit Ausschluß politischer und sozialer Erörterungen, der Besprechung wissenschaftlicher, technischer und gewerblicher Gegenstände widmen, sollen auch ferner nicht kautionspflichtig sein.

Deutschland.

Die Konferenzen zu Dresden.

Dresden, 6. Januar. Wie oft ist die Verständigung, die volle Uebereinstimmung Oesterreichs und Preußens nicht schon verkündet worden! Jedesmal hat sich aber hinterher gezeigt, daß zur Verständigung noch immer die Ausgleichung von einigen Punkten erforderlich war und daß das Zerwürfniß in immer neuer Gestalt wieder hervortrat. So auch diesmal. Es ist noch keine Uebereinstimmung zwischen Oesterreich und Preußen hergestellt. Die erste Kommission unter dem Vorsitz Oesterreichs hielt auch gestern eine Sitzung. Die Erfolge der Thätigkeit dieser Kommission sind gleich Null. Man konnte sich über Nichts vereinigen, und es scheinen vorläufig die betreffenden Staaten die Absicht zu haben, nicht sobald wieder in dieser Kommission zusammenzukommen.

Die zweite Kommission unter Preußens Vorsitz für Feststellung des Wirkungskreises des Bundesorgans und der Beziehungen des Bundes und der Bundesstaaten zu einander, hielt heute ihre erste Sitzung. — Bei der Resultatlosigkeit der Verhandlungen in der ersten Kommission können nothwendigerweise auch die Arbeiten der zweiten schon des Zusammenhangs wegen, in welchem sie zu einander stehen, von keiner Bedeutung sein.

Unter diesen Verhältnissen werden die Hoffnungen einzelner Bevollmächtigten auf eine Ordnung der deutschen Verhältnisse durch die Dresdener Konferenzen bereits sehr erschüttert. Man fängt an einzusehen, daß nichts Anderes übrig bleibe, als zum Bundestag zurückzukehren und sich mit der Errichtung einer kräftigen centralisirten Polizeibehörde zur Herstellung eines einheitlichen Zustandes zu begnügen.

Oesterreich hat mit Preußen keine gemeinsame Vorlage an die Konferenz oder die Kommission gemacht, da man sich über keinen Plan verständigt. Die einzelnen Staaten haben vertrauliche Mittheilungen über die Organisation erhalten, welche Oesterreich dem deutschen Bunde zu geben geneigt wäre, und durch welche die Wünsche Preußens auf Gleichstellung mit Oesterreich befriedigt werden sollten. Das, was ich Ihnen von dem Plane einer selbstständigen Exekutive Oesterreichs und dem Präsidium des engeren Bundesraths durch Preußen mitgetheilt, hat seine volle Richtigkeit. Da Preußen jedoch eine Theilung und Theilnahme an der Exekutive selbst fordert und auf die Erreichung derselben großen Werth legt, so sind von Seiten Oesterreichs verschiedene Pläne mit einer getheilten Exekutive ausgearbeitet worden, die in ihren verschiedenen Formen und Modifikationen darin übereinstimmen, daß sie den Mittelstaaten eine einflußreiche Stellung einräumen wollen.

Einen dieser Pläne, auf den man ein besonderes Gewicht legt, haben verschiedene Zeitungsberichte bereits erwähnt. Ein Bundesrath mit 3 Stimmen, in welchem Baiern eine, die 3 Königreiche die zweite und die Großherzöge die dritte Stimme bekommen würden, soll bei Streitigkeiten in der dualistischen Exekutive die Entscheidung sprechen. Bei der provisorischen Bundes-Kommission in Frankfurt hatten die Königreiche bereits eine solche Funktion zugewiesen erhalten. Die Kleinstaaten wollen mit Preußen diesem Projekte ihre Zustimmung nicht geben, welches sie faktisch mediatisirt, da es ihnen jede Betheiligung an der Regierungsgewalt raubt.

Oesterreich soll indeß geneigt sein, um den Widerstand der Kleinstaaten zu beseitigen, auch darein zu willigen, daß die dritte Stimme von den Großherzögen und den andern Kleinstaaten gemeinschaftlich besetzt wird.

Fürst Schwarzenberg wird bei dieser Lage der Dinge noch nicht in der nächsten Zeit von hier abreisen, und es ist auch die Ankunft des Hrn. v. Manteuffel zu erwarten, sobald die Opposition in den Kammern beseitigt sein wird.

Außer den Bevollmächtigten für Luxemburg ist auch der niederländische Minister v. Scherff als Bevollmächtigter für Limburg eingetroffen.

Die bevorstehenden Verhandlungen über die Zollangelegenheiten haben bereits die Repräsentanten beider ökonomischen Parteien, der Schutzzöllner und Freihändler, hierhergerufen. Hr. Milde aus Breslau nebst einigen andern Fabrikanten, darunter die Kammermitglieder Kupfer und Carl aus Berlin figuriren als Repräsentanten der Schutzzölle, einige Kaufleute aus den Hanse-Städten wollen die Freihandelsinteressen vertreten. (N. Z.)

Dresden, 8. Januar. Heute Mittag 12 Uhr ist, wie uns bekannt geworden, die dritte von der Ministerial-Konferenz niedergesetzte Kommission im Brühlschen Palais zum ersten Male zusammengetreten. Theil an derselben nehmen Oesterreich, Preußen, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Sachsen-Koburg, Hamburg, Oldenburg und das den Vorsitz führende Baiern. Aufgabe derselben sind die materiellen Interessen: Handel, Zoll, Schifffahrt und Verkehrsmittel. Die zweite Kommission hielt gestern ihre dritte Sitzung.

Dem Vernehmen nach sind auch von Baiern und Sachsen zwei vielfach übereinstimmende Denkschriften, die materiellen Interessen betreffend, bei der Konferenz übergeben worden. — Der Reihe der Hoffestlichkeiten schließt sich heute Abend ein bereits an dieser Stelle erwähnter großer Hofball an. Bei der überaus zahlreichen Abendgesellschaft bei dem Herrn Staatsminister von Beust, zu der vorgestern die Säle und Zimmer der ganzen ersten Etage des von ihm bewohnten Hotels geöffnet waren, und die Se. königl. Hoheit Prinz Johann, sowie Ihre königl. Hoheiten die Prinzen Albert und Georg mit ihrer Gegenwart beehrten, sah man Se. Durchlaucht den Fürsten von Schwarzenberg, die sämmtlichen Konferenzbevollmächtigten, den Grafen v. Rechberg, das diplomatische Korps, die Mitglieder der beiden Kammern, einen glänzenden Kreis von Damen, hohe Militärs und andere ausgezeichnete Personen versammelt. (D. J.)

** Kassel, 7. Januar. [Tagesbericht.] Unter den großartigsten Vorkehrungen, indem die Straße durch Militär abgesperrt und das Haus besetzt war, fand gestern Abend eine Haussuchung in der Buchhandlung von Chr. Raabe u. Comp. statt. Den eigentlichen Zweck derselben kennt man bis jetzt nicht. Mit hinweggenommen wurden Schriften republikanischer und sozialistischer Tendenz, Karrikaturen rc. — Nachdem heute Morgen die erste Abtheilung österreichischer Truppen abmarschirt ist, ist heute Mittag eine andere wieder eingerückt.

Frankfurt, 5. Januar. Heute Morgen marschirten von hier ab 2 Compagnien des königl. baierischen 1. Jäger-Bataillons über Aschaffenburg nach Würzburg, um dort zu dem neu errichteten 5. Jäger-Bataillon verwendet zu werden. (Frkf. Bl.)

Hannover, 7. Januar. [Ueber das Exekutionsheer] erfahren wir ferner: Das Korps wird theils über Münden, theils über Höxter seinen Marsch auf Hildesheim nehmen und in der dortigen Gegend bis zur Weiterbeförderung per Eisenbahn konzentrirt werden. Der Stab des F. M. L. v. Legeditsch kommt am 7. Januar (also heute) in Münden und am 13. oder 14. in Hildesheim an. — Das Regiment Windischgrätz-Cheveauxlegers besteht genau aus 1654 Pferden, eingetheilt in 4 Divisionen zu je 2 Schwadronen. Die Obersten und Oberstlieutenantsdivisionen sind, in Anbetracht des Stabes u. s. w., an Pferden bei Weitem am stärksten. Dies aus Böhmen rekrutirte Regiment wird in der Hildesheimer Gegend, namentlich in Gronau und Elze, einquartirt werden und dann wahrscheinlich den Marsch über Hannover und Celle fortsetzen. — Wie wir hören, werden bereits in den nächsten Tagen hannoverscher Seits Truppenkommando's nach Hildesheim beordert werden, namentlich ist das gegenwärtig in Hameln garnisonirende 2. leichte Bataillon dazu bestimmt. (Niederf. Z.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

☐ **Kiel,** 7. Jan. Die Kommissarien, obgleich Soldaten, treten hier als die geübtesten Diplomaten auf. Sie suchen Regierung und Volk für sich einzunehmen. So haben sie gestern nicht nur, wie bereits erwähnt, die Statthalter und den Stadt-Kommandanten besucht, sondern sie haben auch bereits am gestrigen Tage sämmtlichen Departements-Chefs ihre Visite abgestattet. Auf diese Weise sieht sich auch das Volk in seinen Vorgesetzten beehrt. — In Brandt's Hotel dinirte gestern die Regierung mit den Kommissarien gemeinschaftlich. Eine kurze Konferenz fand hierauf statt, deren Inhalt uns noch Geheimniß ist. Wie man indessen allgemein hört, fordert die Regierung vor der Reduzirung und Zurückziehung unserer Armee von Jenseits der Eider Garantien für unsere Rechte. Sie werden, wenn auch blos mit Worten gegeben werden. Ueberhaupt sollen die Kommissarien mit nicht gerade kategorischen Befehlen auftreten. Ist unsere Armee einmal reduzirt, wird man befehlen, was geschehen soll, das scheinen die Behörden selbst noch nicht zu wissen. Sie werden die Sache natürlich so lange hinzuhalten suchen, wie nur immer möglich. Ist sie zur Reduzirung gezwungen, so wird diese mehr die Eingebornen betreffen, da diese stets und schnell wieder zu haben sind; die Fremden werden vornehmlich in dem fortbestehenden Drittel verbleiben. Daß auch von den Dänen Reduzirung und Zurückziehung verlangt wird, hören wir bestätigen. — Beim Stadt-Kommandanten soll der österreichische Kommissar beiläufig angefragt haben, ob während seiner Anwesenheit hier Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden könne. In wie weit der Mann den Charakter von Volk und Land kennt, ist eben hieraus zu beurtheilen. Besser bekannt mit unseren Verhältnissen scheint indessen v. Thümen zu sein, denn vor seiner Hierherreise hatte er über uns mehrere Konferenzen mit General Hahn zu Berlin. Es wäre dies überhaupt kein übles Anzeichen, wenn Preußens Meinung zur Geltung kommen könnte. Allein Rußland will einmal, daß von Deutschland das Rückenmark (denn dies sind unsere Lande für's größere Vaterland) abgeschnitten werde, damit der deutsche Staatskörper um so schneller und sicherer seiner Auflösung entgegensehe.

2 Kanonenböte sind gestern von Heiligenstetten hier angelangt, nachdem es ihnen gelungen, bei Nacht und Nebel die dänischen Kriegsschiffe unbemerkt zu passiren. Die gestrigen Salutschüsse sollen auch ihnen gegolten haben.

P. S. Da die Konferenz gestern nicht beendigt werden konnte, so wird heute Vormittag auf dem Schlosse weiter konferirt.

Kiel, 7. Januar. Die erste Konferenz der Kommissäre mit der Statthalterschaft hat gestern Nachmittag wirklich stattgefunden, sie dauerte gegen eine Stunde. Heute Morgen folgte eine fernere Berathung, die von 10 bis 12 Uhr währte. Ob die an die Statthalterschaft gestellten Forderungen noch auf Weiteres gerichtet sind, als was ich Ihnen gestern mittheilte und was seiner Zeit bereits das Schreiben des Grafen Thun verlangte, habe ich nicht in Erfahrung bringen können. Man spricht außerdem von einer Besetzung Rendsburgs durch deutsche Truppen, wie mir scheint, nicht ohne Wahrscheinlichkeit; zweifelhaft ist nur, ob Dänemark darein willigen wird, den Schlüssel zu seinen strategischen Positionen in Oesterreichs Händen zu lassen und sich dadurch in übermäßige Abhängigkeit zu bringen. Auch über die Entschließungen der Statthalterschaft ist man noch ohne jede Kunde. Die Stimmung der Stadt ist vollkommen ruhig und resignirt; man sieht das Unvermeidliche kommen und verschmäht es, sich durch ohnmächtige Demonstrationen lächerlich zu machen. Aber man wird nun und nimmer auf sein gutes Recht verzichten, wenn man auch nicht mit dem Kopf gegen die Wand laufen wird, um dessen thatsächliche Geltung aufrecht zu erhalten. (H. N.)

Frankreich.

× **Paris,** 6. Januar. [Tagesbericht.] Die Krisis rückt nicht vorwärts. Gerüchte und Ministerlisten zirkuliren in Unzahl. Ich will versuchen, einige Details zu resumiren.

Die Nachricht der „Debats", daß Odilon Barrot nach dem Elysée berufen ward, ist richtig. Die Hauptbedingungen, die er stellte, waren die bereits gestern von mir angegebenen: Aufgeben der Dotation und der Verlängerung der Präsidentengewalt. Auf diese Bedingungen würde Hr. Barrot ein Portefeuille übernehmen, da er dabei im guten Vernehmen mit sämmtlichen Führern der Majorität verbleiben könnte.

Was Hrn. Leon Faucher anbelangt, so hat er bis zu diesem Augenblicke noch keine Aufforderung vom Elysée erhalten. Der Präsident soll sich erst vor Kurzem geäußert haben: „Ich würde glücklich sein, Hrn. Faucher unter meinen Ministern zu zählen, allein es ist noch nicht möglich geworden." Und so ist es in der That! Hr. Faucher trifft auf vielen Bänken der Majorität und der Linken auf so lebhaften Widerstand, daß der Präsident bei aller Vorliebe für diesen Mann, ihn doch schwerlich zum Minister wird machen können.

Folgende Version findet allgemeinen Glauben: Das gegenwärtige Ministerium soll verbleiben und General Changarnier abgesetzt werden. Eine solche Wendung wäre dem Elysée allerdings am angemessensten. In einem solchen Falle, heißt es, würden nur die Minister Lahitte (Auswärtiges) und Schramm (Krieg) aus dem Kabinet scheiden; der Letztere soll durch General Randon ersetzt werden. Das Kommando Changarniers soll an den General Baraguay-d'Hilliers übergehen.

Wie viel Wahres an diesem Gerüchte ist, vermag ich nicht zu bestimmen. Genug, am Schlusse der heutigen Sitzung, war in der National-Versammlung die Ueberzeugung allgemein, daß das gegenwärtige Kabinet mit einigen Modifikationen auf seinem Posten verbleiben, und daß Changarnier geopfert werden wird. — Man betrachtete demnach die Situation als äußerst bedenklich, da sie, wenn auch nicht zu einer offenen, so doch zu einer Palast-Revolution führen könnte. Die Majorität der National-Versammlung soll nämlich entschlossen sein, die Absetzung Changarniers mit einer sofortigen Requisition sämmtlicher Truppen zu

beantworten, um dieselben unter das Kommando ihres Vertheidigers zu stellen, und da dies in der konstitutionellen Prärogative der Versammlung liegt, so ist leicht einzusehen, welch ein verzweifeltes Spiel das Elysée spielen würde, wenn es den Kampf auf diesem Terrain aufnehmen wollte. Ich halte daher auch diese Entwickelung für unwahrscheinlich, wenn auch nicht für unmöglich. Man nennt die Minister Fould, Bineau, Rouher und Dumas, die für die Absetzung Changarniers gestimmt haben.

Herr Dupin hat den Präsidenten besucht, und ich weiß aus guter Quelle, daß er ihn in sehr versöhnlicher Stimmung gefunden hat. „Ich bilde nur einen Uebergangspunkt — soll er gesagt haben — das fühle ich wohl, und habe ich daher auch nur eine Prätention, Ordnung zu machen. Was die imperialistischen Ideen anbelangt, die man mir unterschiebt, so sage ich nicht, daß ich deren keine gehabt hätte, aber ich betrachte sie als unausführbar. Wenn ich also werde fortgehen müssen, so werde ich gehen, überglücklich, wenn ich die Erinnerung an einiges Gute zurücklasse."

Diese Sprache ist nicht nach dem Geschmack der Kamarilla, die im Elysée thront. Diese Herren wollen, daß man Etwas thue, und so haben sie denn wieder die Idee von der Demission des Präsidenten auf's Tapet gebracht. Dies Mittel scheint ihnen ganz excellent, denn die Konstitution verbietet es nicht. „Reichen Sie Ihre Demission ein — sagen sie — und wenden Sie sich an das Volk. Es wird sie gewiß wieder wählen; und wer wird zu behaupten wagen, daß diese von dem souveränen Volke ausgegangene Wiederwahl keine Thatsache sei, vor der man sich beugen muß? Dies wäre eine vortreffliche Verlängerung der Gewalt, und ohne Staatsstreich."

Der Präsident giebt diesem Drängen nicht nach. Es soll dahin gekommen sein, heißt es, an dem allgemeinen Stimmrecht zu zweifeln. Morgen glaubt er vielleicht wieder daran!

Die Börse hält es nicht für wahrscheinlich, daß das gegenwärtige Ministerium verbleiben werde. Und wissen Sie, warum? Weil man diesen Morgen den Sohn des Hrn. Fould mit Hrn. Billault, dem Syndikus der Wechsel-Agenten, sprechen sah und dieser einige Minuten später Renten verkauft hat. Die Börse macht nun folgenden Schluß: Da der Sohn des Finanzministers mit Hrn. Billault spricht, so spricht er mit ihm im Namen seines Vaters; da Hr. Billault Rente verkauft, so hat er die Verkaufsordre von dem Finanzminister erhalten; da der Minister Renten verkauft, so geschieht es, weil er die Baisse erwartet, und weil er nicht mehr Minister sein wird.

Ich weiß nicht, ob diese Konjekturen logisch sind, aber so sind sie gemacht worden.

Der Polizei-Präfekt Carlier hatte schon gestern seine Koffer gepackt. Es hieß, daß er heute früh Paris verlassen werde, um sich in das kleine Landhaus zurückzuziehen, das er bei Sens besitzt. Allein die gepackten Koffer sind noch da, und man fängt bereits an zu behaupten, daß eine Demission, die nicht sofort angenommen wird, so gut wie zurückgewiesen ist.

Die Angelegenheit des Repräsentanten Mauguin ist noch nicht beendigt. Der Gläubiger verfolgt den Prozeß gegen den Gefängniß-Direktor mit Energie. Dieser Prozeß wird seinen Nutzen haben; denn es ist gut, daß man endlich wisse, ob die Nationalversammlung es verdient, daß man sie als „insolvent" proklamire.

Herr Thiers steht in diesem Augenblicke nicht besonders mit dem Elysée. Er findet, daß die Sachen schlecht gehen, und hat dem Präsidenten Rathschläge geben lassen, die übel aufgenommen wurden. „Herr Thiers — soll Bonaparte gesagt haben — möge sich begnügen, von Zeit zu Zeit eine schöne Rede zu machen und dann einzuschlafen." Herr Thiers wird sich nicht sehr geschmeichelt fühlen, daß man ihn im Elysée zu Bette schickt!

Zum Schlusse theile ich Ihnen noch einige Auszüge aus den Journalen über die Ministerkrisis mit:

Das „Evenement" meldet unter Anderem: „Die Mitglieder der Majorität waren in großer Anzahl in dem Konferenzsaale versammelt. Sie zeigten sich über die systematische Zurückhaltung des Präsidenten gegenüber den parlamentarischen Einflüssen sehr erstaunt. Fast überall hörte man die Worte: „Der Präsident will allein und ohne uns handeln."

Die „Gazette de France" resümirt die Tagesnachrichten folgendermaßen: „Im Ganzen befindet man sich zwei Kombinationen gegenüber: die eine mit Herrn Leon Faucher, die andere mit Herrn Billault, d. h. von einer Seite ein Ministerium vom reinsten elyséeischen Blute, von der andern ein roth gefärbtes bonapartistisches. Die letztere Kombination würde unfehlbar die Absetzung Changarniers nach sich ziehen. Der Vorfall würde sich alsdann in der That zur Höhe eines „Ereignisses" erheben."

Die halboffiziellen Organe sind sehr lakonisch. Die „Patrie" schreibt: „Die ministerielle Frage befindet sich noch auf demselben Punkte; der Präsident der Republik hat mehrere Konferenzen mit politischen Männern gehabt. Aber heute beschränkte sich Alles auf einfache Unterhaltungen. Die Verlängerung der Krisis ist, ohne Zweifel eine bedauerliche Thatsache; aber man muß bekenen, daß die orleanistisch-legitimistisch-sozialistische Koalition außerordentliche Schwierigkeiten für die Bildung eines neuen Ministeriums geschaffen hat. — Im Uebrigen ist es gut, die Situation von selbst sich zeichnen zu lassen, damit die öffentliche Meinung sie in ihren Ursachen und Folgen gehörig zu würdigen vermag. Der Präsident, ohne sich den Ernst eines solchen Zustandes der Dinge zu verhehlen, könnte mit Recht denken, daß er, so wie die Versammlung die Pflicht habe, unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu warten, bis auch die Departements Zeit gehabt haben, ihre Gefühle über die Vorgänge in den gouvernementalen und parlamentarischen Regionen kund zu geben."

In dem „Pariser Bülletin" heißt es: „Man hat das Gerücht von der Demission des Generals Changarnier in Umlauf gesetzt. Dieses Gerücht ist vollständig falsch. Es ist fast gewiß, daß nur vier Minister sich zurückziehen werden."

Es ist leicht begreiflich, daß unter so vielen Besorgnissen die heutige Sitzung der Nat.-Versammlung, der übrigens kein Minister beiwohnte, ohne jedes Interesse gewesen ist. Die Aufmerksamkeit war nicht auf die Diskussion, sondern auf die zirkulirenden Gerüchte gerichtet. Auch außerhalb der Versammlung ist die Ministerkrisis der ausschließliche Gegenstand der Unterhaltung.

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau**, 9. Januar. [Wohlthätiges.] Das tabellarische Verzeichniß der Kranken, welche in dem Institute der „Barmherzigen Brüder" im Jahre 1850 ohne Unterschied des Standes und der Religion, unentgeltlich aufgenommen, verpflegt, entlassen und gestorben sind, liefert folgenden Nachweis. Am 31. Dezember befanden sich in der Anstalt 78 Kranke, zu welchen im Laufe des Jahres 1850 noch 1591 kamen, so daß die Gesammtzahl der aufgenommenen und verpflegten Kranken 1669 betragen hat. Von diesen wurden entlassen: völlig geheilt 1479, erleichtert 21; es starben 78; in der Kur verblieben 77. Bei 2mal täglicher Speisung wurden 55582 ganze Portionen und 27661 Frühstücksuppen vertheilt. Im Durchschnitt wurden also jeden Monat 168—235 Kranke verpflegt und täglich bei jeder Speisung 70—81 Portionen vertheilt. — Unter den in diesem Jahre neu aufgenommenen 1591 Kranken befanden sich 801 Katholiken, 788 Evangelische und 2 Juden. Außer den im Hospitale verpflegten Kranken erhielten freie ärztliche Behandlung und größtentheils Arzneien aus der Instituts-Apotheke 3127. Zu chirurgischen Verbänden kamen 3576 Personen, und Zahn-Operationen wurden 13,489 ausgeführt. Der Konvent der „Barmherzigen Brüder" findet sich veranlaßt, darauf aufmerksam zu machen, daß immer noch, wie es leider in diesem Jahre wiederum vorgekommen, Patienten, aller Vorstellungen ungeachtet, aus nichtigen Gründen auf ihre Entlassung dringen, bevor ein günstiger Kurerfolg sich herausgestellt hat; der Konvent lehnt alsdann, wenn einen Solchen in Folge seiner Unüberlegtheit ein ärgeres Uebel trifft, jede Verantwortlichkeit von sich ab. — Die unumgänglich nothwendig gewordene Renovation der vier Krankensäle war Ursache, daß die diesjährige Aufnahmezahl um vieles geringer ausfiel, als die der letztvergangenen Jahre. Am Schlusse des uns vorliegenden Jahresberichts heißt es: „Noch fühlt sich der Konvent verpflichtet, allen edlen Wohlthätern und Gönnern den heißesten und tiefgefühltesten Dank abzustatten, und knüpft an diesen Dank die gehorsamste Bitte, um fernere geneigte Unterstützung, indem er versichert, daß er sich stets die ihm obliegenden Werke der thätigen Nächstenliebe nach Kräften auszuüben bestreben werde." — Wo Zahlen, wie die oben angeführten sprechen, da bedarf es keiner weiteren Empfehlung einer solchen Bitte.

---

*† **Breslau**, 9. Januar. [Eine neue Kleinkinder-Bewahranstalt] soll nächstens auf der Gartenstraße errichtet werden. Vom philantropischen Standpunkte aus begrüßen wir dieses Unternehmen aufs Herzlichste, denn es wird dadurch nur die Erfüllung eines unabweisbaren Bedürfnisses wieder um einen Schritt näher gerückt, und wenn wir von einigen anderen Gesichtspunkten aus etwaige Bedenken aussprechen, so müssen wir vornweg erklären, daß wir uns frei fühlen irgendwelch' unfreundlicher Gesinnung. Also: sine ira!

Den Kindergarten abgerechnet, zählt Breslau nach Eröffnung der neuen Anstalt 9 Bewahr-Anstalten. Davon sind ausgegangen: 5 von dem seit 1823 bestehenden Vereine für Kleinkinder-Bewahranstalten; 2 (seit 1849) von dem katholischen Centralvereine; 1 (seit 1850) von einem Vereine, dessen Mitglieder der freieren religiösen und politischen Richtung angehören, und 1, nämlich die zu errichtende, von der konstitutionellen Ressource. Ein ganz oberflächlicher Blick reicht hin, um zu erkennen, wie die 4 letzten Anstalten lediglich Tendenzschöpfungen (?) sind, gleichviel, ob auf religiöser oder politischer Unterlage. Diesen Umstand bedauern wir in Wahrheit sehr. Der erste Verein mit seinen 5 Anstalten hat sich, und dessen erfreuen wir uns im Herzen, von jeglichem derartigen Partikularismus frei erhalten. Was soll er auch bei so kleinen Kindern, und wenn, wie wir uns überzeugt halten, derselbe in der Behandlung und Erziehung der Kinder auch nicht hervortritt, was soll da schon die äußerliche Trennung in religiös- oder gar politisch-verschiedenartige Kleinkinder-Bewahranstalten? Friedlich leben in den 5 alten Anstalten Katholiken, Protestanten, Christkatholiken, Altlutheraner und Juden neben einander und keins der Kinder wird dem elterlichen Religions-Bekenntnisse abwendig gemacht; denn wenn sie 6 oder höchstens 6½ Jahr alt sind, verlassen sie die Anstalten und besuchen ihre resp. Schulen. Gleicherweise mögen Kinder von rothen Reaktionären und rothen Republikanern, von Konservativen, Konstitutionellen und Demokraten, von ächten Bourgeois und eben so ächten Sozialisten in die Anstalten gehen, was schadet's? Drei- bis sechsjährige Kinder sind nichts von alledem, sondern sind eben Kinder.

Schon im vorigen Jahre hat sich eine Stimme erhoben, welche gegen eine so vielfache Trennung sich aussprach und darauf hinwies, wie Einigkeit stark mache. Daß dieselbe mißverstanden und darum in unverdienter Weise abgefertigt worden, gehört nur insofern hierher, als auch wir an das: concordia res parvae crescunt erinnern müssen und uns möglicher Weise einer falschen Beurtheilung aussetzen. Der seit 27 Jahren bestehende Verein steht, wie aus den Jahresberichten hervorgeht, seine laufenden Beiträge immer spärlicher werden und es wäre gewiß unendlich zu bedauern, wenn er sich einst genöthigt sehen sollte, eine der Anstalten eingehen zu lassen, statt deren neue zu eröffnen. Doch wir hoffen, daß das mit Recht im Rufe der Wohlthätigkeit stehende Breslau es nicht dahin kommen lassen wird. Auf der andern Seite steht zu fürchten, daß die neuen Vereine, den central-katholischen ausgenommen, vielleicht gar nicht zu Kräften kommen, und daß das Fortbestehen der Anstalten durch gar mancherlei Eventualitäten sehr leicht in Frage gestellt werden könnte. Wir leben der Ueberzeugung, daß, wenn sich dieser neue Verein dem ersten angeschlossen hätte, vielleicht die Errichtung von zwei Anstalten ermöglicht worden wäre und daß dann beide eine gesicherte Basis gehabt hätten.

Wir behalten uns noch vor, andere Bedenken, beispielsweise vom pädagogischen Standpunkte aus, zu besprechen, und bedauern zum Schluß dieser Worte nochmals diesen neuen Beweis des im deutschen Charakter leider begründeten Geistes der Uneinigkeit im Kleinen wie im Großen.

Breslau, 7. Jan. (Evangel. Verein.] Vorsitzender: Worthmann. Die Versammlung ernennt die Herren Heintke und Kletke zu Kassenrevisoren. Die Stimmzettel zur Vorstandswahl werden eingesammelt. Weingärtner theilt einige Lesefrüchte mit, besonders über russische Sekten. In Folge dessen äußern sich Böhmer, Krause und Weingärtner noch weiter über Gründe, Nachtheile und Vortheile der Sektenbildung. Hierauf hält Herbstein seinen Vortrag über die Frage: „Aus welchen Ursachen wird in unserer Zeit vielfach die Religion gering geschätzt, ja verachtet?" Nachdem der Redner vorher bemerkt hat, daß er vorzugsweise die christliche Religion, und zwar so, wie sie in der evangelischen Kirche dargeboten wird, im Auge habe, auch sich darüber erklärt hat, warum er nicht von Glaube, sondern von Religion spreche, schildert er zur Einleitung in seinen Vortrag, wie traurig es sei, wenn die Religion, welche gleich dem glänzenden Gestirn, das die Waisen aus dem Morgenlande nach Bethlehem führte, den Sterblichen auf seiner oft so dunkeln Lebensbahn dahinleiten soll, gering geschätzt, ja verachtet wird. Als Ursache dieser Erscheinung nun bezeichnet er den Irrthum, als ob das, was die Religion darbietet, den Anforderungen unserer hochgebildeten Zeit nicht mehr genüge, den Wahn, als ob man der Religion zu einem glücklichen Leben wohl entbehren könne, den Umstand, daß die Religion unmittelbar keine materiellen Vortheile gewährt, so wie, daß sie den tobenden Leidenschaften Halt gebietet. In der Uneinigkeit Derer ferner, welche die himmlischen Güter der Religion zu bewahren und mitzutheilen haben, findet der Redner einen sehr bedeutenden Grund der Geringschätzung und Verachtung zuerst der Kirche, dann aber auch der Religion selbst, und ist überzeugt, dem in allen Vereinsmitgliedern herrschenden Geiste zu entsprechen, wenn er am Anfange des erst vor Kurzem begonnenen Jahres nicht nur den Mitgliedern der evangelischen Kirche, welche dem Vereine und seinen Glaubensgenossen feindlich gegenüberstehen, sondern auch den uns feindlich entgegenstehenden Genossen der Kirche, welche in Rom ihren Mittelpunkt erkennt, die Bruderhand zum gemeinsamen Weiterstreben auf dem Wege des Heiles darbietet, so wenig wir hoffen dürfen, sie werde angenommen werden. Der Redner thut ferner dar, wie die bezeichnete traurige Wirkung auch hervorgebracht werde, wenn von Seiten kirchlicher Behörden solche, die innerhalb der evangelischen Kirche eine exclusive kirchliche Richtung verfolgen, also Feinde der Union begünstigt werden, zeigt dann — durch frühere Aeußerungen im Verein veranlaßt —, wie der Umstand, daß die Verkündiger des Evangeliums für ihr Wirken äußeren Lohn empfangen, von der rechten Seite betrachtet, dem Verständigen und Vorurtheilslosen unmöglich feindliche Gesinnungen gegen die Religion und ihre Diener einflößen könne, und weist endlich noch darauf hin, wie verderblich es wirken müsse, wenn der Verkündiger des Evangeliums vergißt, daß er hinsichtlich seines Lebenswandels den Beruf habe, der Gemeinde mit gutem Beispiel voranzugehen. Zum Schlusse spricht der Redner den Wunsch aus, es möchte auch in diesem Jahre von dem Vereine darauf hingewirkt werden, daß die Zahl Derer, welche bereitwillig die ihnen dargebotene Hand der in der Religion vom Himmel herabgesendeten besten Freundin des Sterblichen ergreifen, eine immer größere werde; daß Geringschätzung, ja Verachtung der von ihr gebotenen unvergänglichen Güter immer mehr verschwinde. — Dieser Vortrag veranlaßt Böhmer, Krause, Gröger, Weingärtner zu ergänzenden und bestätigenden Bemerkungen über einige der angeführten Gründe und die daran geknüpften Folgerungen, ferner Mößlinger zu einer Klage über die geringe Wirksamkeit der Schule für Religiosität, worauf Worthmann und Weingärtner auf die für eine solche Wirksamkeit getroffenen Einrichtungen und auf das Streben und die Leistungen treuer Lehrer hinweisen.

Breslau, 9. Jan. [Katholischer Zentralverein], den 7. Januar 1851. Eröffnung der Sitzung 7 Uhr. Präsident Wick.

Diakonus Swientek begrüßt die Versammlung zum neuen Jahre und ruft durch eine Rundschau die wichtigsten, auf die Kirche bezüglichen Ereignisse des verflossenen Jahres noch einmal in die Erinnerung. Nachdem er von Rom ausgehend, in kurzen Umrissen mitgetheilt, was in den verschiedenen Ländern der Erde der Kirche zu Leid und Freud gewesen, schließt er damit, daß das Uebergewicht des kirchlichen Vorschritts, welches sich allenthalben kundgebe, eine trostvolle und begeisternde Aufforderung, dem Bestreben des kathol. Vereins auch fortan und mit erhöhter Theilnahme Zeit und Thätigkeit zu weihen.

Kuratus Karker giebt die Hauptzüge aus dem berühmten Berichte des Grafen von Montalembert über die Sonntagsfeier. Er fordert die Annahme des Gesetzes über die Sonntagsfeier, damit dadurch wiederhergestellt werde, was der Majestät Gottes und der Würde der Armen zukommt.

Nur dadurch, daß die Obrigkeit sich dem Gesetze Gottes unterwerfe, könne der Gehorsam gegen sie selbst im Volke Wurzel fassen. Durch die Entheiligung des Sonntags werde die arbeitende Klasse dem Götzen der Habsucht zum Opfer gebracht, es werde die wahre, christliche Freiheit, Gleichheit, die Würde des Menschen mit Füßen getreten, die Religion, die Familie, das Eigenthum der Vernichtung entgegengeführt. Die christliche Sonntagsfeier wird durch die Ausschweifungen des Montags ersetzt, das Wirthshaus anstatt der Kirche der Mittelpunkt des politischen und socialen Lebens. Die Heiligung des Sonntags ist der unentbehrliche Hebel zur Hebung des sittlichen und physischen Wohles der arbeitenden Klasse. Daß die Liberalen, Konstitutionellen und besonders die Bergpartei mit den heftigsten Wuthausbrüchen über den Bericht und Berichterstatter hergefallen, dürfe nicht befremden, wenn man bedenke, wie unbehaglich diesem Gelichter jeder religiöse Gedanke, und wie es nicht wenig schmerzlich, daß die Guillotine und das Unterrichts-Monopol die Erwartungen so arg getäuscht; aber eben so wenig dürfe man es jedem ehrlichen Manne verargen, wenn er mit tiefsinniger Freude und Theilnahme die rastlosen Bemühungen jenes edlen katholischen Männerbundes verfolge, welcher sich zum Wahlspruch genommen: „Gott und unser Recht."

Präsident Wick zeigt im Anhalt an den vorangegangenen Bericht, wie jene Volksfreunde, die so viel von Beseeligungstheorien zu reden wissen, gerade die Feinde des Volkes seien, welches sie mit Phrasen abfertigen, aber in der Wirklichkeit nie und nirgends in seinem Wohle fördern. Die Bergpartei, die äußerste Linke in der französischen Nationalversammlung wüthet und tobt gegen ein Gesetz, dessen Absicht: die Hebung des sittlichen und materiellen Wohles der Arbeiter.

Student Joseph Kaluza thut dar, wie das Gleichniß vom Senftkörnlein in der katholischen Kirche unter den größten Verfolgungen und Stürmen seinen Ausdruck gefunden. J. K.

---

§ **Breslau**, 8. Januar. [Verhandlungen des Schwurgerichts III.]

1) Vormittags 9 Uhr: wider die unverehelichte Christiane Elisabet Wolff, wegen verheimlichter Schwangerschaft und Niederkunft.

Staatsanwalt: Assessor Spater.

Vertheidiger: Rechtsanwalt Krug.

Das öffentliche Verfahren wurde aus Gründen der Sittlichkeit ausgesetzt. Die Angeklagte hat ein todtes Kind zur Welt gebracht, sie ist beschuldigt, Schwangerschaft und Niederkunft absichtlich verheimlicht zu haben. Aus der heutigen Beweisaufnahme ging hervor, daß das Kind, mit welchem die Angeklagte niedergekommen, wirklich ein todtgeborenes gewesen sei.

Von den Geschworenen wird die Angeklagte der verheimlichten Schwangerschaft schuldig, der verheimlichten Niederkunft dagegen für nicht schuldig erachtet. Der Gerichtshof sieht sich außer Stande auf Grund des ersten Ausspruchs ein Strafurtheil zu fällen, da jenes Vergehen allein im Strafgesetze nicht vorgesehen ist. Die Angeklagte wird demgemäß völlig freigesprochen und sofort in Freiheit gesetzt.

2) Nachmittags 3 Uhr: wider den Tagearbeiter Heinrich Hebesky und Schlossergesellen Karl Grünig, wegen versuchten gewaltsamen und zugleich zweiten, resp. zweiten gewaltsamen Diebstahls.

Staatsanwalt: Assessor Spater.

Vertheidiger: Justizrath Gräff (für Hebesky), Rechtsanwalt Plathner (für Grünig).

Geschworene: Amandi, Pförtner v. d. Hölle, Kabath, Burghardt, Bennewitz, Walter, Christen, Simon, Jerchel, v. Siersdorff, Wolter, Bourgarde.

In der Nacht vom 4. zum 5. Juni v. J. wurde das Hofthor an dem Wohnhause des Professor Nees v. Esenbeck gewaltsam erbrochen. Der Hof führt nur zur Wohnung des Beschädigten, die Absicht der Diebe war also auf ein bewohntes Gebäude gerichtet. Die Angeschuldigten wurden unmittelbar nach verübter That am Orte derselben ergriffen und verhaftet. Bei dem Angeklagten Grünig fand sich ein Dietrich, am anderen Tage wurden in der Düngergrube, wo Grünig versteckt gewesen war, 7 Dietriche und 1 Brecheisen aufgefunden.

Hebesky ist 20 Jahr alt, katholisch und ein Mal wegen Diebstahls bestraft; Grünig, 45 Jahre alt, katholisch und bereits 2 Mal, darunter 1 Mal wegen gewaltsamen Diebstahls bestraft.

Hebesky bekennt sich schuldig und giebt an, daß Grünig in Gemeinschaft mit einem andern Manne ihn zu dem Verbrechen verleitet habe; bei seiner Ankunft sei die Thür bereits offen gewesen, durch welche Mittel die Eröffnung bewerkstelligt wurde, habe er nicht erfahren.

Grünig will den Mitangeschuldigten Hebesky gar nicht kennen und behauptet, er sei unschuldig; durch das Zeugniß des Nagelschmied Rode werde er das Alibi nachweisen. — Hebesky erklärt auf die desfallsige Frage des Präsidenten, daß ihm der dritte Theilnehmer des Verbrechens nicht bekannt war.

Durch das Verhör der Zeugen Kaiser, Sternitzke, Nachtpatrouilleur Wegner und unverehel. Wegner wird der Thatbestand, wie er der Anklage zu Grunde liegt, bestätigt. — Der von Grünig vorgeschlagene Entlastungszeuge weiß sich nicht zu erinnern, mit dem Angeklagten an dem Tage und zur Zeit der That, wie jener behauptet, zusammen gewesen zu sein.

Die Staatsanwaltschaft beantragt, den Grünig des versuchten gewaltsamen Diebstahls in bewohnten Gebäuden schuldig zu erachten. Der Vertheidiger, Hr. R. A. Plathner, bestreitet, daß die Kriterien des gewaltsamen Diebstahls nachgewiesen seien und führt eine Entscheidung des Ober-Tribunals an, wonach ein solcher nur dann als ein in bewohnten Gebäuden verübter angesehen werde, wenn er in oder an denselben versucht resp. ausgeführt worden sei.

In Beziehung auf den der That geständigen Hebesky fällt die Mitwirkung der Geschworenen aus.

Nachdem die Geschwornen den Angeklagten Grünig für schuldig erklärt hatten, verurtheilte ihn der Gerichtshof zu 12jähriger Zuchthausstrafe und Stellung unter Polizeiaufsicht auf dieselbe Zeitdauer; Hebesky wurde auf Grund seines Geständnisses mit 9monatlicher Zuchthausstrafe und angemessene Stellung unter polizeiliche Aufsicht belegt.

---

§ **Breslau**, 9. Januar. (Verhandlungen des Schwurgerichts IV.] 1. Vormittags 9 Uhr: wider den Tagearbeiter Gottlieb Härtel, wegen versuchten zweiten gewaltsamen Diebstahls.

Geschworene: Algöwer, v. Knappstädt, Kießling, Müller, Gr. v. Pückler, Riegner, Kabath, Tietze, Amands, Kleinod, Guttmann, Fickert. — Bei der Vereidigung fügt der Geschworene Fickert die evangel. Eidesformel zu dem sonst üblichen Geschworeneneide hinzu.

Im Mai v. J. wurde der Angeklagte, als er eben den Versuch gemacht, in die verschlossene Domestiquenstube des Hauptm. v. Sydow einzudringen, ergriffen und festgenommen. Er leugnet zwar die diebische Absicht, wird jedoch von den Geschworenen für schuldig befunden und zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

2. Nachmittags: wider den Tagearbeiter Joh. Friedr. Röder, 41 Jahre alt, evangelisch, 8 mal wegen Diebstahls, darunter 1 mal wegen dritten Diebstahls bestraft.

Geschworene: Siemon, Guttmann, Müller, Strauß, Hentschel, Wolter, Mehlhorn, Skupin, Bleier, Redlich, Walter, Saher.

Am 16. März v. J. soll der Angeklagte im Hause Nr. 5 der Elisabetstraße ein Buch im Werthe von 5 Sgr. zu entwenden versucht haben, er ist daher wegen vierten Diebstahls in Anklagestand versetzt. Die beeideten Aussagen des einzigen Belastungszeugen Kaufmann müssen, da dieser zum Militär ausgehoben ist, aus dem Protokoll verlesen werden. Es geht daraus hervor, daß Zeuge nicht behaupten könne, der Angeklagte habe das fragliche Buch aus der Kiste, in welcher es sich befunden hatte, herausgenommen. Die Geschworenen erklären den Angeklagten für nicht schuldig und der Gerichtshof spricht denselben frei.

□ **Zobten**, 8. Januar. [Holzverkauf. — Truppen.] Die alten Zeiten kehren wieder, das ist das inhaltschwere Wort, welches seit einiger Zeit, namentlich seit der wiederum geänderten preußisch-deutschen Politik, von Mund zu Munde geht. Und in der That, dieses Wort bewährt sich auch in unserem Städtchen, wenn auch nicht in dem oben angeführten Sinne. Die Zeit der Holz-Auktionen im hiesigen königl. Forste ist wiedergekehrt, und da bei der hier zeither stationirt gewesenen Truppenmasse, so manchem Quartiergeber der Holzvorrath ausgegangen ist, so befand er sich in einer gar argen Verlegenheit, indem er, selbst für Geld, kein Scheitchen Holz zu kaufen bekam. Die Orts-Behörde erwog diesen mißlichen Umstand, petitionirte bei der Regierung, um diesem Uebelstande auf geeignete Weise abzuhelfen und durch Verfügung derselben ist es den Quartiergebern für die gegenwärtige Zeit, ausnahmsweise auch außer den bestimmten Auktionstagen gestattet, ihren Bedarf an Holz, nämlich 1 bis 2 auch 3 Klaftern, nach Verhältniß der Einquartierung resp. des Besitzthumes, zu kaufen. — In Folge der allgemein angeordneten Dislokationen des Heeres, haben sämmtliche hier und in der Umgegend seit sechs Wochen stationirt gewesenen Truppen uns vorgestern früh verlassen. Das 23. Infanterie-Regiment marschierte in die Gegend von Striegau, das 23. Ulanen-Regiment in die Gegend von Ohlau, das 11. Ulanen-Regiment nach Oppeln und das Breslauer Jägerkorps nach Freiburg. Aber schon am Nachmittage desselben Tages war Zobten und Umgegend ein Cantonnement der 21. Division, welche gestern, vereint den Weg nach Jordansmühle einschlagend, zur großen Freude unserer Jugend mit klingendem Spiele durch die Stadt passirte. Somit ist uns nur ein kleiner Nachhall zurückgeblieben von dem in einer kleinen Stadt ungewohntem Getöse eines rauschenden Militärlebens und daher hört man so Manchem ausrufen: Die alten Zeiten kehren wieder!

Oppeln. Im Departement des königl. Appellations-Gerichts zu Ratibor wurden ernannt: der frühere Land- und Stadt-Richter und Kreis-Justiz-Rath Hellmann zum Direktor des Kreisgerichts zu Kosel; der bisherige Kreisrichter Karl Fischer zu Gleiwitz, zum Rechts-Anwalt bei dem Kreis-Gerichte zu Falkenberg, und zugleich zum Notar im Departement des Appellations-Gerichts zu Ratibor; der vormalige Patrimonial-Richter Joseph Kaminski, zum Kreis-Richter bei dem Kreis-Gerichte zu Rosenberg; die Kreis-Richter Lux zu Beuthen Oberschlesien, v. Gilgenheimb zu Tarnowitz, Karl Bönisch zu Peiskretscham, v. Mützschefahl zu Ottmachau, Glatzel zu Leobschütz, Kynast zu Ober-Glogau, Möbius zu Oppeln, Joseph Bönisch zu Pleß, Beck zu Groß-Strehlitz, v. Gruttschreiber und v. Damnitz zu Ratibor, zu Kreis-Gerichts-Räthen. — Versetzt: der Auskultator Wentzel von dem Appellations-Gerichte zu Halberstadt in das hiesige Departement. — Ausgeschieden: der Rechts-Anwalt und Notar v. Stößel zu Falkenberg, in Folge seiner Anstellung bei der Fürstenthums-Landschaft von Oberschlesien in Ratibor; der interimistische Kreis-Gerichts-Bote und Exekutor Koch zu Oppeln.

Mannigfaltiges.

— (Magdeburg, 5. Jan.) Die von mir Ihnen bereits in ihren Hauptumrissen mitgetheilte Angelegenheit wegen des am 31. März v. J. zu Seehausen in der Altmark gebornen Kindes, welches der Vater mit dem Namen „Jacoby Waldeck" taufen lassen wollte, was von dem taufenden Geistlichen verweigert wurde, worauf der Vater des Kindes wiederum die Taufe vollziehen zu lassen verweigerte, ist erst gestern von dem hiesigen Appellations-Gericht in mündlicher und öffentlicher Verhandlung erledigt worden. Die Sache ist so außerordentlich, daß Sie mir wohl eine kleine Rekapitulation der einzelnen Umstände verstatten. Nach der Weigerung der Eltern, das Kind überhaupt taufen zu lassen, wenn es nicht auf den Namen Jacoby Waldeck geschähe, hatte das Gericht dem Kinde einen Kurator bestellt, der beim Konsistorium die Taufe entweder ohne Namen, oder mit den vom Vater begehrten beantragte. Dies ward abgeschlagen und dem Kurator aufgegeben, das Kind mit „üblichen" Namen sofort taufen zu lassen. Da aber die Eltern das Kind nicht zur Taufe schicken, soll die Zwangstaufe vollzogen werden, worauf die Mutter mit dem Kinde entflieht. Nach längerem Suchen werden Mutter und Kind endlich von der Polizei in dem nahen Städtchen Arendsee aufgefunden und — das Kind in einen Tragkorb gepackt — von Gendarmen zurück nach Seehausen ins Gefängniß transportirt. Hier wird vom Bürgermeister der Superintendent zur Taufe requirirt, der nun das Kind bei von innen verschlossenen Kirchthüren tauft, während Bürgermeister und Gendarme als Taufzeugen dabeistehen, dann den überraschten Eltern das getaufte Kind zurückgebracht. Damit ist aber die Sache noch nicht abgemacht. Die Mutter wird nun wegen Verweigerung des Kindes und Flucht mit demselben der „thätlichen Widersetzlichkeit gegen einen Abgeordneten der Obrigkeit in Vollziehung ihrer Befehle" vor Gericht gezogen und zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt, hat aber dagegen appellirt. (Hier möchte ich eben noch erwähnen, daß der Vater des Kindes seinen Austritt aus der alten Kirche am 25. Sept. v. J. angemeldet hatte und am 5. Okt. darüber zu Protokoll vernommen worden war, worauf er am 12. Okt. um Aufschub der Zwangs-Maßregeln gegen die Taufe seines Kindes bat, aber am 17. Okt. gerichtlich abgewiesen wurde.) Gestern nun wurde von dem hiesigen Appellations-Gericht diese Angelegenheit definitiv dahin entschieden, daß das Urtheil erster Instanz, zwei Monate Gefängniß für die Mutter, lediglich zu bestätigen sei. (Köln. Z.)

— (Unglück.) Die nordamerikanischen Journale enthalten die Nachricht von einem neuen Unglück, das sich dort zugetragen hat. Auf dem Dampfschiff Knoxville, welches am 17. Dezbr. Nachmittags nach Noshville fahren wollte, sprangen in dem Augenblicke, wo es die Anker lichten wollte, beide Kessel zugleich, wobei 20 Menschen das Leben verloren, und eine Menge Anderer mehr oder weniger gefährlich verletzt wurden. Die Schiffe in der Nachbarschaft des Knoxville litten ebenfalls durch die Explosion.

— (Amerikas Wachsthum.) „Daily News" spricht sich in folgender Art über das Wachsthum Nordamerikas aus: Man nehme z. B. das Missisippithal, dessen Bevölkerung 1810 nicht über 400,000 Menschen betrug. Der Census dieses Jahres wird wahrscheinlich beweisen, daß es jetzt gegen 13 Mill. Einwohner zählt. So ist ein Landstrich, der vor 40 Jahren noch keine halbe Million Menschen zählte, jetzt an Bevölkerung ziemlich England gleich, und 1860 wird er mehr Einwohner zählen als England und Wales zusammen. Das Wachsthum einiger westlichen Städte scheint mehr Zauber als Wirklichkeit in sich zu tragen. Noch lebt der Mann, der das erste Blockhaus auf der Stelle baute, wo jetzt Cincinnati steht, welches jetzt 150,000 Seelen zählt. Vor zehn Jahren zählte es noch keine 50,000 Einwohner. 1840 betrug die Bevölkerung von St. Louis 16,000 Seelen, jetzt über 90,000. Diese Stadt hat die Bestimmung, das größte innere Handelzentrepot für den amerikanischen Kontinent zu werden. Am auffallendsten ist das Emporblühen Newyorks. 1840 lebten daselbst 312,000 E., jetzt 750,000 Einw., 1860 werden dort 1,200,000 und 1870 2 Mill. Menschen leben.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Aus Danzig wird gemeldet: Die muthlose Stimmung der Handelswelt konnte sich unter dem Druck der englischen Marktberichte in den letzten Wochen nicht bessern, ist aber ohne wesentliche Besorgniß, da die hiesigen Weizenvorräthe augenblicklich noch nicht 18,000 Last erreichen, welches Quantum bei den mäßigen Einkaufspreisen große Verluste gerade nicht bringen kann. Vom 21. November bis 20. Dezember v. J. liefen in den Hafen von Neufahrwasser 37 Seeschiffe, 31 weniger als im Monat vorher, und 17 mehr als in der nämlichen Zeit des Jahres 1849, ein, und 36 Seeschiffe, 105 weniger als im Monat vorher und 34 weniger als in der nämlichen Zeit des Jahres 1849, aus. Im Verlaufe des ganzen Jahres 1850 sind 1137 Seeschiffe ein- und 1138 ausgelaufen; im Winterlager blieben zu Ende des Jahres 80 Seeschiffe, wovon 47 hiesige und 33 aus Preußen und Pommern. Segelfertig und in Ladung befanden sich noch 8 Schiffe und 2 in Havarie. Von den 1137 eingelaufenen Schiffen waren 40 Dänen, 348 Engländer, 7 Franzosen, 41 Hannoveraner, 147 Holländer, 342 Preußen (incl. 132 Danziger), 48 Mecklenburger, 11 Oldenburger, 12 Russen und 141 Schweden und Norweger. Von den ausgelaufenen 1138 gingen 2 nach Amerika, 12 nach Belgien, 37 nach Bremen, 35 nach Dänemark, 308 nach England, 40 nach Frankreich, 2 nach Hamburg, 11 nach Hannover, 137 nach Holland, 6 nach Oldenburg, 77 nach preußischen Häfen, 18 nach Rußland, 128 nach Schweden und Norwegen und 19 nach Spanien. Von den 3 letztverflossenen Jahren war das Jahr 1850 für die Schifffahrt das bedeutendste, denn es gingen:

1848	ein	1078 Schiffe	und aus	1021 Schiffe;
1849	"	781	" "	840 "
1850	"	1137	" "	1138 "

Die Danziger Rhederei bestand am Schluß 1850 aus 105 Segel- und 8 Dampfschiffen von zusammen 23,299 Lasten. Zu Anfang des Jahres bestand sie aus 103 Segel- und 3 Dampfschiffen; von diesen gingen im Laufe des Jahres 3 verloren und 1 wurde verkauft; also Abgang 4. Es kamen aber hinzu durch Neubau 5 und durch Ankauf 1, also 6 Schiffe. Die Vermehrung auf das ganze Jahr beträgt daher 2 Schiffe mit 578 Lasten. Im Bau befinden sich zur Zeit noch 2 Schiffe. (C. C.)

Inserate.

Seitdem die Verwaltung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn in die Hände des Staates übergegangen ist, hat die Letztere so manche höchst zweckmäßige und anerkennenswerthe Verbesserungen erfahren, — was aber die Rücksichten auf das die Eisenbahn benützende und mit ihren verschiedenen Etablissements in Verkehr kommende Publikum anbelangt, so scheint unser gutes Breslau von der „königl. Verwaltung" ebenso als Stiefkind behandelt zu werden, als von der weiland „Direktion". Die Züge gehen jetzt in Breslau meist im Finstern ab, und kommen im Finstern an, demungeachtet muß aber ein sehr finsterer Abend sein, wenn die Aufgänge zum Empfangsgebäude mit **einer** spärlichen Laterne erleuchtet werden. — In der Regel ist es aber so finster, daß sowohl Droschken als auch Fußgänger dadurch gefährdet sind, während der Bruchtheil der geringen Dividende nicht zu berechnen sein würde, wenn eine Stunde vor Abgang und Ankunft der Züge mehrere Laternen an den betreffenden Aufgängen, namentlich aber an den äußeren Bahnhofsthoren angezündet werden möchten. —

Wenn auch ferner die Instandhaltung des Fußweges von der Stadtgrabenecke bis zum Bahnhofe vielleicht Anderen obliegen mag, so würde es der königlichen Verwaltung doch nur ein einmaliges, höchst unbedeutendes Tage-Lohn kosten, wenn sie diesen, durch Löcher, Sümpfe, Pfützen ꝛc. fast unpassirbaren Weg, auf dem der Bahn doch so manche Tausend Thaler zugetragen werden, mit einem Theil des Ueberflusses an Coaks-Schlacken wollte passirbar machen, und ebenso würde wohl sehr leicht einer der vielen Wagenschieber und sonstigen Arbeiter damit beauftragt werden können, bei Wetter wie das gegenwärtige ist, des Tages zwei- bis dreimal durch Kehren einen einigermaßen gesäuberten Uebergang über die Fahrdämme an der Stadtgrabenecke und unmittelbar vor dem äußeren Bahnhofsthor herzustellen.

Auf dem platten Lande müssen die Gutsbesitzer die, mitunter selten befahrenen Wege in Stand halten, sollte in der Provinzialhauptstadt die Polizei nicht die Macht haben, die Instandhaltung eines Fußweges zu erzwingen, der täglich von mehreren Tausenden betreten wird?

Für die uns von so vielen Seiten gewordene freundliche Unterstützung bei unserem Verloosungs-Unternehmen, sprechen wir hiermit unseren herzlichsten Dank aus. Die Inhaber von Loosen wollen sich gefälligst bis Ende d. Mts., Wallstraße Nr. 14 im Vereinslokale, wo die Gewinnlisten ausliegen, melden.

Der Vorstand des National-Frauen-Vereins.

An den Einsender des Inserates „Musikalische Institute" in Nr. 9 dieser Zeitung.

Ueber meine Bestrebungen und über die Fortschritte der Schüler meiner Anstalt hat eben sowohl das große und verständige Publikum, so wie das öffentliche Urtheil in den hiesigen Zeitungen unzweideutig entschieden. Ihre maßlosen Schimpfereien und Ergüsse des Neides und der Bosheit werden eben so wenig mein Institut in den Augen der Verständigen herabwürdigen, als mir die Lust benehmen können, auch ferner mit Eifer, Liebe und strengster Gewissenhaftigkeit meinem ehrenvollen Berufe zu leben. Uebrigens weise ich alle Ihre aus unsauberer Quelle geflossenen Beleidigungen mit entschiedener Verachtung zurück.

Julius Schnabel.

Berichtigung. In der gestrigen Zeitung soll es in dem Artikel Musikalische Institute Zeile 23 von unten heißen: enharmonische Stimmung statt unharmonische, und Zeile 4 von unten: 8. Januar statt 9. Juni.

Theater-Repertoire.

Freitag den 10. Januar. 9te Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. **„Die Stumme von Portici."** Heroische Oper mit Tanz in 5 Aufzügen, Musik von Auber.

Sonnabend den 11. Januar. 10te Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 2ten Male: **„Alle spekuliren."** Original-Lustspiel in 5 Aufzügen von Robert Bürkner und Max Ring.

Verlobungs-Anzeige.

Die am 7. d. vollzogene Verlobung meiner Tochter Nanny mit dem Kaufmann Herrn Siegfried Cohn aus Mertschütz zeige ich Verwandten und Bekannten statt jeder besonderen Meldung ergebenst an.

Löwenberg, den 8. Januar 1851.

Wwe. Ernestine Friedländer, geb. Baginsky.

Als Verlobte empfehlen sich:

Nanny Friedländer,
Siegfried Cohn,
Löwenberg. Mertschütz.

Entbindungs-Anzeige.

Heute Abend halb 7 Uhr wurde meine geliebte Frau Antonie, geb. Albrecht, von einem gesunden, kräftigen Knaben schnell und glücklich entbunden. Statt besonderer Meldung zeigt dies ergebenst an:

J. Starcke.

Ratibor, den 8. Januar 1851.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau Elise, geb. Joachimsthal, von einem gesunden Knaben zeige ich hiermit Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung an. Breslau, den 9. Januar 1851.

Eduard Goldschmidt.

Todes-Anzeige.

Nach langen Leiden entschlief sanft heute Nacht 12¾ Uhr unser theurer Onkel, der kgl. Medizinal-Assessor Dr. Johann Friedrich Schäffer. Breslau, den 9. Januar 1851.

Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige. (Verspätet.)

Am 5. Januar starb zu unserer großen Betrübniß unser geliebtes Söhnchen Louis Friedrich-Leopold, in dem Alter von 1 Jahr und 7 Monaten. Verwandten und Freunden widmet diese Anzeige: J. M. Löwenstädt

Breslau. und Frau.

Dritte Soirée

des christkathol. Frauenvereins den 10. d. M.

Laetitia.

Sonntag den 12. Januar **Solrée.**
Anfang 7½ Uhr.

Meine Wohnung ist
Kupferschmiedestraße 37, zur goldenen Granate.

Dr. M. Joachimsthal,
prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.

Russisches Dampfbad.

Die in der gegenwärtigen Zeit so vielfach hervortretenden Krankheiten, welche meist der ungesunden Temperatur zuzuschreiben sind, geben uns Veranlassung, auf die von dem geh. Medizinal-Rath und Professor, Herrn Dr. Joh. Wendt über die Bedeutung und Wirkung der russischen Dampf-Bäder herausgegebenen und i. J. 1830 in der Buchhandlung bei J. A. Gosohorsky (Albrechtsstr. Nr. 3) erschienenen Schrift aufmerksam zu machen. — Gestützt auf eine langjährige Beobachtung in der russischen Damfbade-Anstalt des königl. Hofmaler Herrn Stiller, weist der Herr Verfasser nach, wie der Gebrauch der Dampfbäder gegen mannigfache Krankheiten ein so sicheres und zugleich so mildes Mittel ist, daß es zur Genesung anderer vorheriger Heilversuche gar nicht bedarf.

Indem wir diese Schrift hierdurch empfehlen, empfehlen wir auch zugleich die russische Dampfbade-Anstalt des Herrn Stiller, da wir zu den vielen Personen gehören, welche diese Heilkur mit dem glücklichsten Erfolge abgewendet haben.

Mehrere Verehrer des russischen Dampfbades.

Die Seehandlungs-Prämienscheine Serie 114 Nr. 11,353, Serie 334 Nr. 33,381, Serie 417 Nr. 41,619, Serie 2045 Nr. 204,488 sind abhanden gekommen. Es wird vor deren Ankauf gewarnt und vorkommenden Falls gebeten, im Wechsel-Comtoir von Jaffé u. Comp. (Blücherplatz) Anzeige zu machen.

Meinen Schülern.

Sonntag den 12. Januar Abends 7 Uhr erste große Uebungsstunde im Contre-Tanz am Neumarkt Nr. 14.

Laurette Gebauer, Tanzlehrerin.

Cottillon-Orden und Cottillon-Kleinigkeiten

empfehlen in reicher Auswahl und senden solche Auswärtigen postfrei zu:

Hübner u. Sohn, Ring 35, 1 Treppe.

Gummischuhe und Gesundheitssohlen, welche die Füße stets warm und trocken halten, und nicht naß werden lassen, verkaufen billig

Hübner u. Sohn, Ring 35, 1 Treppe.

N. B. Der Eingang ist durch das Kleider-Magazin des Herrn Waldmann.

Klemptnerwerkzeug ist billig zu kaufen Schmiedebrücke Nr. 22 beim Haushälter.

Musikalische Neuigkeiten,

vorräthig bei

F. E. C. Leuckart in Breslau,

Kupferschmiedestrasse No. 13.

Döhler, T., Op. 73. Revue mélodique du Prophète de Meyerbeer. 5 Fantaisies p. Piano. No. 1—3. à 25 Sgr.

Labitzky, J. G., Op. 177. Hyde-Park-Galopp, f. Piano. 10 Sgr.

— Op. 178. Emma-Mazurka f. Piano. 7½ Sgr.

Liszt, F., Hochzeitsmarsch und Elfenreigen aus dem Sommernachtstraum von Mendelssohn f. Piano übertragen. 1 Rtl. 10 Sgr.

Mendelssohn, F., Op. 87. Quintett f. 2 Violinen, 2 Violen und Violoncell. (Nachlass No. 16.) 2 Rtl. 20 Sgr.

— Op. 88. Sechs 4stimmige Lieder f. Sopran, Alt, Tenor und Bass. (Nachlass No. 17.) 1 Rtl. 10 Sgr.

Thalberg, T., Op. 57. Fantaisie sur des airs irlandais p. Piano. (Decameron No. 10.) 25 Sgr.

Voss, Ch., Op. 104. Drei Melodien f. Piano. No. 2. „In einsamen Stunden." — No. 3. „Werd' ich dich wiedersehn?" 7½ Sgr.

Gleichzeitig empfehlen wir unser **reichhaltiges**

Musikalien-Leih-Institut,

dem täglich Theilnehmer unter den billigsten Bedingungen beitreten können.

Den zahlreichen Bestellern!! Soeben ist erschienen **Die Achte Auflage!!**

= Taubheit ist heilbar! =

Hülfe Allen, die am Gehör leiden.

Ein Wort über Dr. Pinter's Heilmittel

7½ Sgr.] von **Dr. M. F. Feldberg.** [27 Kr.

Volle Genesung steht bei richtigem Gebrauch des hier Gesagten in sicherer Aussicht allen Leidenden an:

1. Gänzlicher Taubheit, entstanden durch Erkältung, Schreck, hitzige oder auch syphilitische Krankheiten, schwere Entbindungen ꝛc.

2. Hart- und Schwerhörigkeit, hervorgerufen nach überstandenen Krankheiten durch Nervenfehler, Krämpfe, Erschütterungen ꝛc.

3. Ohrenflüssen, Polypen, als Folgen verhärteten Ohrenschmalzes, Ausschlag am Gehirnorgane, Einkriechen von Insekten ꝛc.

4. Sausen, Brausen, Klingen und sonstigen Schwächen des Gehörs bei vorgerücktem Alter ꝛc.

Zeugnisse der **glücklichsten Erfolgskuren,** darunter welche von den höchsten Personen, sind theils beigedruckt, theils können sie beim Herausgeber eingesehen werden.

In **Breslau** zu beziehen durch **Graß, Barth u. Comp.,** Herrenstr. Nr. 20.

Bekanntmachung.

Die von dem unterzeichneten königl. Kredit-Institute für Schlesien unterm 22. April 1839 auf die im Freistädter und Sprottauer Kreise gelegenen fürstlich Carolath-Beuthener Majorats-Güter ausgefertigten vierprozentigen Pfandbriefe **Litt. B.** sind theilweise getilgt und es sollen davon folgende Apoints:

Nr. 180 bis incl. Nr. 182. Nr. 185 bis incl. Nr. 188, Nr. 190 und Nr. 220 bis incl. Nr. 225 . . . . à 1000 Rthl.
Nr. 1377, Nr. 1380 bis incl. Nr. 1386 und Nr. 1457 bis incl. Nr. 1462 . . . . . à 500 Rthl.
Nr. 3747 bis incl. Nr. 3749, Nr. 3751 bis incl. Nr. 3766, Nr. 3847 bis incl. Nr. 3853, Nr. 3855 bis incl. Nr. 3858 . . . . à 200 Rthl.
Nr. 6777 . . . . à 100 Rthl.

gegen andere dergleichen Pfandbriefe gleichen Betrages eingetauscht werden.

In Gemäßheit der §§ 50 bis 52 und 62 der Verordnung vom 8. Juni 1835 werden daher die gegenwärtigen Inhaber der bezeichneten Pfandbriefe hierdurch aufgefordert, dieselben, ohne Coupons, vom 2. Januar k. J. ab, bei dem unterzeichneten Kredit-Institute in unserem künftigen Geschäftslokale in Breslau (Albrechtsstraße Nr. 16) zu präsentiren und an deren Stelle andere dergleichen Pfandbriefe vom nämlichen Betrage in Empfang zu nehmen.

Berlin, den 28. November 1850.

Königliches Kredit-Institut für Schlesien.

Die **fälligen Zins-Coupons** von Pfandbriefen Lit. B. werden in den **Vormittagsstunden** vom 2. bis incl. 15. Januar in unserem Comtoir **Blücherplatz Nr. 17** eingelöst.

Ruffer und Comp.

Die Steinkohlen-Niederlage von C. G. Kopisch in Breslau,

am Oberschlesischen Bahnhofe, Kohlenplatz Nr. 3,

Einfahrt durch das 2. Thor von der Strehlener Thorbarriere aus, rechts, verkauft **die Tonne Stückkohlen** aus den besten Gruben Oberschlesiens im Einzelnen zu 25 Sgr. — Die Abfuhr beträgt bis in die Stadt und in alle Vorstädte

nur 2 Sgr. per Tonne,

und das Abtragen der Kohlen, gleichviel ob für eine oder mehrere Treppen,

nur 1 Sgr. per Tonne.

Bei Abnahme von größeren Quantitäten stellt sich der Preis der Kohlen und der Abfuhr billiger, worüber nähere Auskunft am Platze selbst durch den Geschäftsführer

Robert Weiß.

Für Blumen- und Gartenfreunde

die ergebene Anzeige, daß ich soeben in Besitz des sehr reichhaltigen Verzeichnisses für das Jahr 1851 über Sämereien, Knollen, Pflanzen ꝛc. der Herren **Moschkowitz** und **Siegling** zu **Erfurt** gelangt bin und dasselbe gratis verabreiche.

Heinrich Bönke, Neue Schweidnitzerstraße Nr. 4 b.

Zur gütigen Beachtung.

Eltern, die ihre Kinder im Hebräischen, sowohl in Grammatik und schön und richtig schreiben, als auch in allen zur jüdischen Ausbildung erforderlichen Gegenständen gewissenhaft unterrichten lassen wollen, belieben sich gefälligst baldigst zu melden Nikolaistraße Nr. 59 bei

M. Löwenstamm.

Zu vermiethen

und Ostern zu beziehen ist Exerzier-Platz No. 8 die erste Etage nebst Stallung und Wagen-Remise, nebst Benutzung des Gartens, und daselbst hohes par terre zu erfragen.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Neue Taschenstraße Nr. 6 c. belegenen, dem Nadler-Meister Wilhelm Grundmann gehörigen, auf 21059 Rthlr. 7 Sgr. 6 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 10. April 1851,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Fritsch in unserem Parteien-Zimmer — Junkern-Straße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 10. Sept. 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Steckbrief.

Der durch rechtskräftiges Erkenntniß wegen Unterschlagung zu einer Geldbuße von 104 Rtl. im Unvermögensfalle zu einer viermonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilte ehemalige Handlungsdiener Karl Wilhelm Robert Berger, 37 Jahr alt, katholischer Religion, aus Frankenstein gebürtig, hat sich von Breslau entfernt, ohne daß sein gegenwärtiger Aufenthalt zu ermitteln gewesen ist.

Es werden alle Civil- und Militärbehörden des In- und Auslandes dienstergebenst ersucht, auf denselben zu vigiliren, ihn im Betretungsfalle festzunehmen, und mit allen bei ihm sich vorfindenden Gegenständen und Geldern mittelst Transports an die hiesige Gefängnißexpedition abliefern zu lassen.

Ein Jeder, welcher von dem Aufenthalt des ꝛc. Berger Kenntniß hat, wird aufgefordert, davon unverzüglich der nächsten Gerichts- oder Polizei-Behörde Anzeige zu machen.

Es wird die ungesäumte Erstattung der dadurch entstandenen baaren Auslagen und den verehrlichen Behörden des Auslandes eine gleiche Rechtswillfährigkeit versichert.

Breslau, den 2. Januar 1851.

Königl. Stadt-Gericht.
Abtheilung für Strafsachen II.
Signalement unbekannt.

Proklama.

Nachstehende angeblich verloren gegangene Schuld- und Hypotheken-Instrumente:

1) d. d. Rybnik den 14. April 1830, ausgestellt von dem Bauergutsbesitzer Leopold Kunsek für den Häusler Lorenz Wowra zu Rowin über 100 Rtl., eingetragen zu Folge Verfügung vom 19. April 1830 auf das Bauergut Nr. 8 zu Rowin Rubr. III. unter Nr. 1.

2) d. d. Sohrau den 16. März 1846, ausgestellt von dem Böttcher Johann Koniezny und dessen Ehefrau Magdalena, geborne Kolibai für die Frau Charlotte, verwittwete Lieutenant v. Harasowsky, geborne v. Weidenthal zu Sohrau über 50 Rtl., eingetragen zu Folge Verfügung vom 15. April 1846 auf das Vorstadthaus Nr. 149 zu Sohrau Rubr. III. unter Nr. 3.

3) d. d. Ratibor den 22. Februar 1842, ausgestellt von dem Gutsbesitzer Carl Emanuel Langer zu Ober-Schwirklan für den Gutsbesitzer Heinrich Opitz zu Rybnik über 700 Rtl., eingetragen zu Folge Verfügung vom 3. März 1842 auf das Vorwerk Nr. 32 zu Ober-Schwirklan Rubr. III. unter Nr. 2, gegenwärtig in Folge Abzweigung von 666 Rtl. 20 Sgr. auf Grund der Cessions-Verhandlungen vom 7. Januar 1843 und vom 20. Dezember 1843 nur noch giltig in Höhe von 33 Rtl. 10 Sgr., welche Restforderung laut Verhandlung vom 16. Juli 1843 an den Gutsbesitzer Hyacinth Kosch zu Ober-Schwirklan abgetreten ist,

werden hiermit behufs ihrer Amortisation aufgeboten.

Alle diejenigen, welchen auf diese Forderungen und auf die über dieselben ausgestellten Instrumente als Eigenthümern, Cessionarien, Pfand- oder anderen Briefs-Inhabern irgend ein Recht zusteht, haben sich zur Geltendmachung ihrer Rechte in dem auf

den 26. Juni 1851, Vormittags 11 Uhr

hierorts im Dr. Kremserschen Hause vor dem Ober-Gerichts-Assessor Polko anstehenden Termine zu melden, widrigenfalls die Ausbleibenden mit ihren Ansprüchen präkludirt, und ihnen deshalb ein ewiges Stillschweigen wird auferlegt werden.

Rybnik, den 17. Novbr. 1850.

(L. S.)

Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Schneidermeister Johann Gustav Förster gehörige, auf der Neißgasse belegene, sub Nr. 352 des Hypothekenbuchs verzeichnete auf 7010 Rtl. 12 Sgr. 6 Pf. taxirte Haus hierselbst soll in dem auf den

13. Februar 1851,
Vormittags 11 Uhr,

in unserm Geschäftslokal vor dem Kreisrichter v. Gliszczynski anberaumten Termine Schulden halber subhastirt werden.

Taxe und Hypothekenschein sind in unserm Prozeß-Bureau einzusehen.

Görlitz, den 13. Juli 1850.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Der Verkauf des Rittergutes Loischwitz, auch Uloschwitz genannt, ist mir von dem abwesenden Besitzer desselben übertragen worden. Dasselbe liegt im Oelser Kreise, 2½ Meile von Breslau, ½ Meile von der dahin führenden Chaussee und enthält 910 Morgen Land. Die nähere Gutsbeschreibung, das Vermessungs-Register und die Kaufsbedingungen sind jeder Zeit in meiner hiesigen Kanzlei, so wie zu Breslau in der Kleiderhandlung der Herren Wiener und Süskind auf der Ohlauer Straße einzusehen.

Bei einem annehmbaren Gebote bin ich zum sofortigen Abschlusse des Kaufvertrages bevollmächtigt, auch zur Ertheilung jeder näheren mündlichen und schriftlichen Auskunft stets bereit.

Trebnitz, den 28. Dezbr. 1850.

Justiz-Rath **v. Hauteville,**
königl. Rechts-Anwalt und Notar.

Hutungs-Verpachtung.

Die pachtlos werdende Hutung von der sogenannten, zwischen der hiesigen Nikolai-Vorstadt und dem Dorfe Pöpelwitz belegenen, Viehweide, von 344 Morgen, 71 Q.-R. Gesammtfläche soll vorläufig auf ein Jahr von Georgi 1851 bis dahin 1852 anderweit an den Meistbietenden verpachtet werden. Hierzu steht auf

den 28. Januar 1851,
Vormittags von 10—12 Uhr,

im hiesigen Rent-Amte (Ritterplatz Nr. 6) ein öffentlicher Bietungs-Termin an, wozu geeignete Pachtlustige hiermit eingeladen werden. — Die Pachtbedingungen liegen von heute ab im Lokale des unterzeichneten Amtes, während den Dienststunden zur Einsicht bereit.

Breslau, den 30. Dezember 1850.

Königliches Domainen-Rent-Amt.

Zu vermiethen und bald zu beziehen: Hummerei Nr. 4 der erste Stock, bestehend in vier Stuben, Alkove, Küche und Zubehör; zu Termin Ostern zu beziehen eine Wohnung im Hofe, bestehend in 2 Stuben und Küche; das Nähere Schweidnitzerstr. Nr. 39 im Comtoir.

Auktion. Am 11. d. Mts. Vorm. 10 Uhr findet in Nr. 42 Breitestraße die Fortsetzung der Auktion von Aktenmakulatur statt; demnächst werden 18 Schock feine Creasleinwand und ein sechsoktaviger Flügel von Mahagoni vorkommen.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Auktion. Am 13. d. Mts. Vorm. 9 Uhr sollen Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 9 gute Möbel und verschiedene Hausgeräthe versteigert werden. **Mannig,** Aukt.-Kommiss.

Bekanntmachung.

Am 23. Januar d. J. Vormittags um 9 Uhr sollen auf dem Hofe des hiesigen königl. Kreis-Gerichts nachstehende Gegenstände, als:

1) zwei Schreibsekretäre, 2) ein Kleidersekretär, 3) ein Bücherspind, 4) eine Kommode, 5) eine Servante, 6) 12 Rohrstühle, 7) 3 Spieltische, 8) 2 Klapptische, 9) ein Waschtisch, 10) ein Nähtisch, 11) 4 Sophas, sämmtlich von Mahagoniholz, 12) zwei polirte Kleiderspinde, 13) 2 Spiegel in Goldrahmen, 14) ein Spiegel in Mahagoniholzrahmen, 15) ein Trumeau, 16) 2 Armsessel, 17) 6 kleine Sessel, 18) 2 Bettschirme, 19) ein kleiner gebeizter Waschtisch, 20) eine kleine Blumenvase, und 21) 12 Paar Tassen von Porzellan, 22) eine Kaffee-, Theekanne und ein Milchtopf von Porzellan, 23) zwei Gaslampen, 24) ein türkischer Teppich, 25) 2 kupferne Kasserolle, 26) 6 eiserne Töpfe, 27) ein halbgedeckter in Federn hängender Kutschwagen,

gegen gleich baare Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Rawicz, am 2. Januar 1851.

Der Auktions-Kommissarius Eisenhart.

Café restaurant.

Sonntag den 12. Januar

REDOUTE.

Tempelgarten.

Sonntag den 12. Januar **Casino.**
Alexander Herrmann.

Café restaurant.

Freitag den 10. Januar
Abonnements-Concert der Philharmonie unter Direktion des Herrn J. Göbel.
Zur Aufführung kommt:
Sinfonie in Es von Haydn und Ouverture zum „Deserteur" von Conrad.
Anfang 6 Uhr.
Entree für Nicht-Abonnenten: für Herren 5 Sgr., für Damen 2½ Sgr.

Weiß-Garten.

(Gartenstraße Nr. 16.)

Heute, Freitag, den 10. Januar, 14. Abonnement-Konzert der Springerschen Kapelle, unter der Haupt-Direktion des königl. Musik-Direktors Herrn Schön. Zur Aufführung kommt unter Anderm: Die Jagd-Sinfonie von Kittel, Ouverture von Cherubini, die Nacht an der Wüste von David. Entree für Nicht-Abonnenten: Herren 5 Sgr., Damen 2½ Sgr.

In Gorkau

Sonntag den 12. Januar **großes Concert** von dem Trompeter-Chor des kgl. 4. Husaren-Regiments. **W. Schmidt.**

Ein junger Mensch, höchst talentvoll und mit Schulkenntnissen wohl versehen, aber völlig mittellos, sucht bald oder zu Ostern bei einem menschenfreundlichen Prinzipale Aufnahme als Lehrling, sei es in einer Handlung, Apotheke oder einem Büreau. Bezügliche Anfragen werden per Adresse R. G. Sulau erbeten.

Ein kautionsfähiger Apotheker, der seine eigne Apotheke unlängst verkaufte, sucht eine dauernde Anstellung in einer Apotheke, einem Droguerie-, chemischen Fabrik- oder sonstigem derartigen Geschäft. Gefällige Offerten bittet man an Herrn **A. Albrecht** in Breslau, Wallstraße 1 a gelangen zu lassen.

Lehrmädchen werden angenommen in der Putzhandlung der **C. V. Fischer,** Ecke Albrechts-Straße Nr. 52, Eingang Schuhbrücke. Auch können daselbst geübte Strohhut-Arbeiterinnen Beschäftigung finden.

Eichenes **Nutz-** und **Brennholz** beliebiger Art offerirt zu zeitgemäßen Preisen:

Schubert, Holzhändler.

Ober-Struse bei Mettkau, den 9. Jan. 1851.

Musik-Anzeige.

Ein guter **Trompeter** findet sogleich Engagement beim Stadt-Musikus **W. Eberle** in Krossen a. d. O.

Ein Morgen Kräuter-Acker nebst Viehweide, ist mit oder ohne Wohnung, zu Neudorf-Kommende sofort zu verpachten und resp. zu beziehen. Das Nähere zu erfahren:

Breslau, Schweidnitzerstraße Nr. 41.

Echt amerikanische Gummischuhe

	mit Sohlen:	ohne Sohlen:
für Herren	1 Thl. 25 Sg.,	1 Thl. 10 Sg.
für Damen	1 Thl. 20 Sg.,	1 Thl. 5 Sg.
für Kinder	1 Thl. 5 Sg.	

empfiehlt in vorzüglicher Qualität:

Emanuel Hein, Ring 27.

Zu Ostern ist Büttnerstraße Nr. 3 die erste Etage, sowie zu Johanni daselbst die zweite Etage nebst dem par terre belegenen Comtoir, Waaren-Remisen und Kellern billigst zu vermiethen.

Sollte eine achtbare Familie innerhalb der Stadt geneigt sein, Stube und Kabinet unmöblirt von ihrer Wohnung an stille Miether zu Ostern abzulassen, so erfährt man das Nähere in der Post, 1 Treppe, rechts.

Haus-Verkauf.

Veränderungshalber verkauft Unterzeichneter sein in Schwoitsch besitzendes Haus von drei Stuben, dabei eine gut eingerichte Bäckerei und Garten, alles in gutem Zustande. Kauflustige wollen sich daher in Betreff der Kaufsbedingungen bei mir persönlich melden.

Schwoitsch, den 9. Januar 1851.

Kodalle, Bäckermeister.

Pferde-Verkauf.

Zwei gesunde, gute Wagenpferde, Schimmel, stehen zum Verkauf Kirchstraße Nr. 1, der Ketzerkunst gegenüber.

Auch ist ein Fracht- und Kastenwagen mit eisernen Axen daselbst zu haben.

Nikolaistraße Nr. 75 ist der zweite Stock zu Ostern, der dritte Stock bald zu beziehen.

Schuhbrücke Nr. 6 ist der erste Stock zu vermiethen.

Antonienstraße Nr. 14 ist der 3. Stock, sowie eine Parterrestube sogleich oder auf Ostern zu vermiethen und zu beziehen.

Eine Cylinder-Mangel

wird für eine Leinwandsfärberei zu kaufen gesucht. Offerten werden baldigst unter **K. W.** posté restante Breslau franco erbeten.

Ring 14 ist eine Wohnung für 40 Rthl. von Ostern ab zu vermiethen.

Zu vermiethen Term. Ostern:

Eine Handlungs-Lokalität, bestehend aus Comptoir oder Verkaufs-Gewölbe, 3 Remisen und einem Keller, Altbüßerstraße Nr. 14, nahe der Albrechtsstraße. Näheres beim Wirth, Albrechtsstraße Nr. 38.

Ein oder zwei Zimmer, mit oder ohne Möbel, sofort, 1 Stiege, zu vermiethen. Näheres Ring Nr. 14, im Laden.

Vermiethung.

Ein Handlungs-Lokal mit Verkaufs-Gewölbe ist zu Ostern 1851 zu vermiethen: Karlsstraße Nr. 36.

Von Ostern d. J. ab sind Weidenstraße 25 — Stadt Paris — eine größere und eine kleinere Wohnung nebst Gartenpromenade zum jährlichen Miethspreise von 120 und 160 Rtl. zu vermiethen.

Das Nähere beim Haushälter.

An der Promenade

Term. Johanni zu vermiethen eine freundliche Wohnung, bestehend aus 4 Zimmern, 1 Kabinet, Küche, Entrée, Keller und Bodenraum, bei Mitgenuß eines Gartens am Hause. Das Nähere Heiligegeiststraße Nr. 18.

Zu vermiethen ist **Bischofsstr. Nr. 16** von Johanni d. J. ab ein **Verkaufs-Gewölbe** und der **erste Stock,** bestehend aus 4 Stuben nebst Beigelaß und einer großen Altane. Auch sind daselbst mehrere kleine Wohnungen von Ostern ab zu vermiethen.

Reis.: Wo logirt man hier gut und preismäßig?
Kutscher: In **König's Hôtel garni,** Albrechtsstraße Nr. 33.

Fremdenliste von Zettlitz's Hôtel.

Baron v. Seherr-Thoß aus Ratibor. Gutsbes. v. Treskow aus Berlin. Gutsbes. Baron v. Block aus Reichenbach. Gutsbes. v. Kallier aus Prag. Professor Rul und Madame Montiocki aus Gräfenberg kommend. Senator Doland aus Löwenberg. Kaufm. Günther aus Meiningen. Kaufmann Trost aus Hamburg. Kaufl. Rengenhart und Seligmann aus Wien. Fabrik. Raymann aus Freywaldau.

Markt-Preise.

Breslau am 9. Januar 1851.

	feinste,	feine,	mit.,	ordin.	Waare
Weißer Weizen	54½	52½	50	48	Sgr.
Gelber dito	54	52	50	48	"
Roggen . . .	42½	41	40	38	"
Gerste . . .	28	26	25	24	"
Hafer . . .	24½	23½	22½	21½	"
Rothe Kleesaat	11⅓	11⅙	10	8—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	10	9	6—8	Rtl.
Spiritus . .	7½ Rtl. Gld.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

In Kleesaat bleibt das Geschäft sehr gesund, die Kauflust für weiße und rothe Saat ist sehr gut, und dürfen wir uns ferner eines lebhaften Geschäfts erfreuen. Für rothe zeigt sich nur mehr Begehr in den bessern Qualitäten, während geringe und mittle Gattungen nur einzeln Käufer finden, man bezahlt mittel mit 9½—10¾, gut mittel 10⅙—11, fein mittel 11⅙—11⅚, feine 11⅔—12 Rtl., weiße holt in geringen Sorten 4½—6, gut ord. 6¼—7, mittel 7¼—7⅚, gut mittel 8—8¾, fein mittel 8⅚—9¼, fein 9⅔—10⅚ u. feinste 11—11½ Rtl.

Rüböl ohne Leben, in loco 11 Rtl. Br., 10⅚ Rtl. zu machen. Lieferung ganz ohne Beachtung.

In Zink ist nichts gehandelt, à 4½ Rtl. ist Loco-Waare zu haben.

8. u. 9. Januar	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"7,31"'	27"7,37"'	27"8,31"'
Thermometer	+ 0,4	— 0,5	— 1,2
Windrichtung	ONO	O	N
Luftkreis	bedeckt	bed. Schnee	bedeckt

Börsenberichte.

Breslau, 9. Januar. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96 Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or 113⅔ Br. Louisd'or 108¾ Br. Polnisch Courant 93¾ Gl. Oesterreichische Banknoten 79 Gld. Seehandlungs-Prämien-Scheine 121 Br. Freiwillige preuß. Anleihe 106⅙ 84⅔ Gl. Neue Staats-Anleihe 4½% 100¼ Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½% Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4% 99 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 101¼ Br., neue 3½% 90⅔ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½% 95⅚ Br. neue schlesische Pfandbriefe 4% 101 Gld., Litt. B. 4% 100½ Br., 3½% 92½ Br. Alte polnische Pfandbriefe 94¼ Gl., neue 94 Gld. Polnische Schatz-Obligationen 79¾ Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81½ Br.

Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 73 Br., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 110⅓ Gl. Litt. B. 106¼ Gl. Krakau-Oberschlesische 69¾ Gl. Niederschlesisch-Märk. 81 Gld., Priorität 5% 103 Gl., Serie III. 102¼ Gl. Neisse-Brieger 36⅔ Gld. Köln-Mindener — — Priorität 103¾ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 35⅚ Gl. — Wechsel-Course. Amsterdam 2 Monat 141½ Br. Berlin 2 Monat 99⅚ Gld., k. Sicht 100⅓ Br. Hamburg 2 Monat 150½ Br., k. Sicht 151 Gld. London 3 Monat 6. 19⅓ Br. Paris 2 Monat 79⅓ Gld.

Berlin, 8. Januar. Die Börse war sehr fest und einige Effekten stellten sich wieder merklich höher.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 97¼ à 98 bez. und Br., Priorität 5% 103 bez. Krakau-Oberschlesische 4% 69½ bez. und Gld., Priorität 4% — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 35¼ à 36 bez., Priorität 5% 94 Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 81¼ bez. und Br., 81 Gld., Priorität 4% 93¼ Gld, Priorität 5% 103½ bez. und Gld., Serie III. 5% 102¼ bez. und Gld. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% — — Oberschlesische Litt. A. 3½% 110½ à ¼ bez., Litt. B. 3½% 106¼ à ½ bez. — Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106½ Gld. Staats-Schuld-Scheine 3½% 85 à 84¾ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 120 bez. Posener Pfandbriefe 4% 100⅚ Gld., 3½% 89½ Gld. Preußische Bank-Antheile 95⅚ à ¾ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 94¼ Gld., neue 4% 94 Gl. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 81⅚ bez., à 300 Fl. 140 Gld.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.